

Postmaterialismus, Wertansprüche und die Anerkennung von Sachzwängen

Klaus Birkelbach

1 Wandel und Stabilität zwischen dem 30. und 43. Lebensjahr

1.1 Postmaterialismus, Wertansprüche und die Anerkennung von Sachzwängen: Begründung der Auswahl der Zielvariablen

Die Bürger der westlichen Industriegesellschaften haben in den letzten Jahrzehnten ihr Bild von der Politik verändert: Sie erwarten mehr und mehr, daß die Politik nicht nur Interessen vermittelt, sondern auch Wertvorstellungen verwirklicht. Politik soll über die Technik der Entscheidungsfindung und Legitimationsbeschaffung im Kollektiv hinausgehen und zur Verwirklichung eines „guten Lebens“ des Individuums und der Gemeinschaft beitragen. Sie soll nicht nur Ruhe und Ordnung im Innern und im Zusammenleben der Nationen anstreben, sondern auch Bedingungen schaffen, unter denen die Natur erhalten und Solidarität unter den Menschen geschaffen werden kann. Die Bewegung des Jahres „1968“ ist mit ihrer Losung „Das Private ist politisch“ nur ein Indiz für tiefer ansetzende und breiter ausgreifende Tendenzen gesteigerter Ansprüche und Erwartungen an die Politik, die sich aus der wachsenden Freizeit und dem Anstieg des Bildungsniveaus, der Verbreitung der Massenmedien, kurz: aus einer Ausdehnung des Wissens vom persönlich erlebten Alltag auf einen „globalen“ Horizont ergibt. In der Mitte des 19. Jahrhunderts konnte sich Heinrich Heine noch darüber mokieren, wenn die Durchschnittsbürger für „Quereulen weit hinten in der Türkei“, wo der politisch vermittelte „Globus“ damals endete, kein Interesse aufbrachten - und übersehen, daß niemand zuvor „die Türkei“ dem Durchschnittsbürger nahegebracht hatte, so daß er sich die Frage gar nicht stellen brauchte, ob er sich dafür interessieren wollte oder nicht. Heute aber sind einem sehr viel weiter gespannten „Globus“ derartige „Quereulen“ - einerlei, ob sie das Leben der Menschen hier und jetzt berühren oder nicht - immer stärker in den Lebensalltag eingedrungen, werden immer stärker von den Medien präsentiert und immer häufiger von den Menschen, die Zeit und Kompetenz gewonnen haben, rezipiert. Die Wissens-erweiterung erschüttert Selbstverständlichkeiten, sie fordert zu eigenständigen Wertungen heraus. Mit der Bandbreite der Wertungen aber steigen auch die Erwartungen an die Politik: Die Bürger stellen nicht nur *Leistungsansprüche*, die im Routinegeschäft der Interessenvermittlung für den einen mehr, für den anderen weniger gut erfüllt werden; sie stellen in zunehmendem Maße auch *Wertansprüche*, die auf den Zustand des Gemeinwesens als Ganzen zielen.

Während die Erwartungen der Bevölkerung an die Politik gestiegen sind, sind die Freiheitsgrade der Politik geschrumpft. Nicht nur wachsende Spezialisierung von Produktion, wachsender Handel und wachsende globale Kommunikation binden die Nationen immer enger aneinander. Auch im Innern der Nationen schrumpfen die Möglichkeiten politischer Steuerung: Mit dem Wachstum der Technik wächst die Bandbreite individueller Verhaltensweisen, die in ihrem Zusammenspiel Sachzwänge für die Politik schaffen. Wenn jede kleine Alltagsroutine - vom Zähneputzen bis zum Türöffnen - automatisiert wird, steigt der Energiebedarf und neue Kraftwerke müssen gebaut werden. Wenn jedermann im Grünen wohnen und individuell zu seinem Arbeitsplatz pendeln will, steigt der Verkehr und neue Straßen müssen gebaut werden. Wenn jedermann in unverdorbenen Landschaften Urlaub machen will, muß eben die Natur, die die Menschen angezogen hat, gesperrt werden, um sie vor Zerstörung zu bewahren. In einem breiten, durch die wachsenden Möglichkeiten der Technik bestimmten Bereich schränkt also gerade die Bevölkerung, die gesteigerte Ansprüche an die Politik stellt, die Möglichkeiten der Politik ein, diese Ansprüche zu erfüllen. Steigende Wertansprüche stehen wachsenden Sachzwängen gegenüber. Aber beide Entwicklung folgen nicht dem gleichen Muster: Es sind einzelne Menschen, die ihre Wertansprüche steigern, und die Steigerung der Wertansprüche in der Bevölkerung ergibt sich als die Summe individueller Anspruchssteigerungen. Sachzwänge resultieren jedoch aus dem Zusammenwirken vieler einzelner Entscheidungen; der Einzelne muß sie weder vorhersehen noch vorweg bedenken. Wertansprüche schaffen Selbstbewußtsein und sind ansteckend, aber Sachzwänge ergeben sich hinter dem Rücken der Menschen. Wer für den Erhalt der Umwelt ist, will auch andere für seine Überzeugung gewinnen; aber wer zur elektrischen Zahnbürste greift, denkt nicht an Atomkraftwerke.

Natürlich kann der einzelne Bürger Sachzwänge vorhersehen und vorweg bedenken. Aber dazu muß er die Verkettung seiner Handlungen mit anderen überblicken. Er muß kognitive Leistungen erbringen, sich anstrengen. Auf der anderen Seite besteht zumindest kurzfristig kein Anreiz dazu. Denn die Sachzwänge ergeben sich ja erst aus dem langfristigen Zusammenwirken vieler ähnlicher Entscheidungen; und die Konsequenz des Vorweg-Bedenkens wäre nur zu häufig der Verzicht. Kurz: für den individuellen Bürger hat die Berücksichtigung von Sachzwängen Kosten und bringt wenig unmittelbaren Nutzen. Die politischen Akteure müssen jedoch Sachzwänge berücksichtigen; das Zusammenwirken der individuellen Entscheidungen produziert - vom Energieverbrauch bis zur Inflationsrate - Realitäten, die in das Entscheidungskalkül der Politiker eingehen. Wenn der Politiker sich daher, wie der Bürger es zunehmend von ihm wünscht, Wertansprüchen verbunden fühlt, kann er die Sachzwänge nicht ignorieren, die bei der Verwirklichung der Wertansprüche überwunden werden müssen - zumindest kann es derjenige Politiker nicht, der Glaubhaftigkeit bewahren will und nicht ausschließlich am kurzfristigen Stimmengewinn inte-

ressiert ist. Die Politik muß daher Wertansprüche und Sachzwänge in eine Balance bringen, das Verlangen nach schöneren Städten und den Wunsch nach Mobilität, das Verlangen nach Schonung der Natur und den Wunsch eines komfortablen Lebens usw. Der Bürger dagegen kann Wertansprüche stellen, ohne die Sachzwänge zu berücksichtigen, die er selber, wenn auch nur langfristig und zu einem geringen Anteil, schafft. Deshalb kann er sich für die Umwelt einsetzen und in den hochalpinen Skiurlaub fahren, gegen Umgehungsstraßen kämpfen und eine Zweitwagen anschaffen usw. Der Politiker muß Verantwortung übernehmen - und kann sich Gesinnung zu eigen machen. Der Bürger hat Gesinnungen - und muß keine Verantwortung tragen. Aber der Bürger ist durchaus in der Lage, die Konsequenzen von Gesinnungen zu überdenken.

In den Sozialwissenschaften sind die beiden skizzierten Tendenzen, der Anstieg von Wertansprüchen und von Sachzwängen, sehr unterschiedlich gewürdigt worden. Der Anstieg von Wertansprüchen gehört seit Ingleharts „Silent Revolution“ (1977) zum Standardrepertoire. Es läßt sich nach Inglehart durch das Zusammenwirken zweier Tendenzen erklären. Auf der einen Seite steigert die Gunst der Zeitbedingungen während der politisch prägenden Jugendjahre die Ansprüche an die Politik auf einer Skala von materiellen zu postmateriellen Zielen, vom Unterhalt des Lebens und Bestand der Gesellschaft zur Selbstverwirklichung des Individuums und der Verbesserung der Gesellschaft. Auf der anderen Seite sind diese Zeitbedingungen in den letzten Jahren, durch den Fortfall von Krieg und Not, die Bildungsexpansion, das Wirtschaftswachstum etc. immer besser geworden. Um den Materialismus und Postmaterialismus zu erfragen, zwingt Inglehart die Bevölkerung nun in eine Wahl zwischen Werten mit einem niederen oder höheren Rang: Wem „Ruhe und Ordnung“ und der „Kampf gegen steigende Preise“ wichtiger sind, der ist ein Materialist - oder wie wir sagen, er stellt geringe Wertansprüche an die Politik. Wem hingegen „Mitbestimmung der Bürger in der Politik“ und „freie Meinungsäußerung“ wichtiger sind, der ist ein Postmaterialist - oder, wie wir sagen, er stellt hohe Wertansprüche an die Politik. Die Stärke der Wertansprüche sind in das Ermessen des Bürger gestellt; über die Sachzwänge ihrer Realisierung braucht er sich keine Gedanken zu machen - erst recht nicht darüber, daß er mit seinem Verhalten Sachzwänge geradezu produzieren kann, die der Realisierung von Wertansprüchen entgegenstehen.

Wir haben keine *immanenten* Einwände gegen Ingleharts Theorie und Erhebungsmethode. Im Gegenteil: Wir glauben, daß seine theoretische Ableitung zwingend ist und sein Frageinstrument eine der wenigen Glückstreffer der Umfrageforschung - wofür allein schon die ungeheure Zahl der Replikationen hinlänglich Indiz ist. Aber wir erheben den *grundsätzlichen* Einwand der Einseitigkeit gegen Inglehart. Die Beschränkung auf Wertansprüche entläßt den Bürger aus der Verantwortung für Sachzwänge. Er braucht nur zu bestellen, nicht zu bezahlen - obwohl er durchaus

bereit wäre, über die Rechnung nachzudenken und sie früher oder später sowieso bezahlen muß. Die Beschränkung auf Wertansprüche unterschätzt also den Bürger ohne zwingenden Grund. Er ist durchaus in der Lage, Sachzwänge zu erkennen und anerkennen; aber die Frage, wieweit er es tut, fällt unter den Tisch. Die Beschränkung auf Wertansprüche macht schließlich eine Bewertung der Wertansprüche unmöglich, für die die Anerkennung der mit ihnen unvermeidlich verbundenen Sachzwänge ein Maßstab ist. Die Möglichkeit, daß man Wertansprüche stellen und dennoch Sachzwänge anerkennen kann, ist gar nicht zugelassen. Warum aber sollte es nicht zwei Arten von Postmaterialisten geben: solche, die sich naiv und - sofern sie sich durch gute Absichten moralisch rechtfertigen wollen - auch egozentrisch auf Wertansprüche beschränken; und solche, die Wertansprüche in eine Balance mit Sachzwängen bringen wollen - so wie es der politischen Akteur ja unvermeidlich muß. Pointiert gesagt: Die Beschränkung auf Wertansprüche läuft auf eine Selbstrechtfertigung des Milieus heraus, in dem Wertansprüche besonders leicht, ohne die Erfahrung relativierender Sachzwänge gestellt werden können.

Um dieser grundsätzlichen Kritik empirisch gerecht zu werden, haben wir ein Inventar konstruiert, daß zu den gleichen Problemen - Umweltschutz, Leistungsdifferenzierung und Arbeitschancen - jeweils einen Wertanspruch und eine Anerkennung von Sachzwängen zur Bewertung auf einer Rangskala vorgibt. Die Befragten können also Wertansprüche stellen *und* Sachzwänge ignorieren - oder sie anerkennen; im ersten Fall kann man von „naiven“, im zweiten von „reflektierten“ Postmaterialisten sprechen (Meulemann 1990). Wir ersetzen also das *ranking* mehrerer Werte, das Inglehart verlangt, durch ein *rating* zweier Aspekte zum gleichen Wert. Daß Ingleharts Frage eine Rangordnung verlangt, kritisieren wir also nicht aus methodischen, sondern aus sachlichen Gründen. Im Gegenteil: Solange man Wertansprüche allein betrachtet, halten wir die Frageform der Rangordnung allein für angemessen; denn Wertansprüche *untereinander* müssen in eine Rangfolge gebracht werden (siehe dazu zuletzt Inglehart/Klingemann 1996). Aber jeder Wertanspruch stößt auf Sachzwänge, sobald man ihn verwirklichen muß; und die Authentizität des Wertanspruchs bemißt sich zu einem guten Teil daran, wieweit die Sachzwänge in die Überlegungen zugunsten von Wertansprüchen aufgenommen wurden. Wir haben die Postmaterialismus-Frage Ingleharts (Standardform mit vier Werten) und unser Inventar in den Fragebogen sowohl der 30- wie der 43-jährigen aufgenommen. Insgesamt haben wir also drei Erhebungsformen von „Wertansprüchen“ erhoben: (1) die Rangfolge der 4 Werte des Postmaterialismus nach Inglehart, (2) die Bewertung der Wertansprüche zu den drei Problemen, und (3) gleichsam im Negativ die Anerkennung von Sachzwängen zu den drei Problemen.

Aber nicht nur die grundsätzliche Kritik an Ingleharts Postmaterialismus-Konzeption, sondern auch die Besonderheit unserer Untersuchungsanlage hat uns bewegt, zusätzlich in einem Inventar

Wertansprüche und Sachzwänge zu erheben. Das Bildungsprivileg und das späte Geburtsjahr (überwiegend 1953) unserer Untersuchungskohorte läßt einen besonders starken Postmaterialismus erwarten. Gerade in jungen und gebildeten Gruppen lassen sich Wertansprüche besonders leicht stellen, weil die Erfahrung relativierender Sachzwänge durch das Bildungsprivileg und die „späte Geburt“ aufgeschoben ist. Wie die Analysen des Lebenslaufs bis zum 30. Lebensjahr zeigen, hat unsere Kohorte das Bildungsprivileg zu einer Ausdehnung des jugendlichen Moratoriums genutzt: Fast ein Drittel ist im 30. Lebensjahr nicht berufstätig. Ein Drittel noch nicht verheiratet, mehr als die Hälfte ist noch nicht in die Elternschaft eingetreten, ein Viertel sieht sich selbst nicht als „erwachsen“ (Meulemann 1996: 646-649). Unter diesen Bedingungen erzwingt die Befragungsform des *ranking* einen Konsens, hinter den man nicht mehr schauen kann, weil eine Nachfrage nach Sachzwängen fehlt. Der Postmaterialismus könnte also in einem so hohen Maße subkulturelle Selbstverständlichkeit geworden sein, daß er keine Differenzierung mehr innerhalb der Gruppe erlaubt. Der erste untersuchungsspezifische Grund für die Konstruktion des Inventars ist es also, dort, wo Ingleharts Frage keine Differenzierungen mehr ermöglicht, in eine Richtung zu differenzieren, die das selbstrechtfertigende Vorurteil intellektueller Vorreiter-Gruppen durchbricht und eine Unterscheidung zwischen „naivem“ und „reflektierten“ Postmaterialismus erlaubt.

Wenn aber Ingleharts Postmaterialismus-Frage in der Folge von Querschnitten, aus denen unsere Untersuchung ja besteht, nicht differenzieren kann, dann ist sie erst recht nicht in der Lage, Entwicklungen zu erfassen. Der durch Frageform erzwungene und durch eine Nachfrage nach Sachzwängen nicht erschütterte Konsens schwebt gleichsam über jeder Entwicklungsmöglichkeit. Konstanz, aber eine völlig unangefochtene und daher wenig aussagekräftige Konstanz ist dann die einzig mögliche empirische Entwicklung. Der zweite untersuchungsspezifische Grund für die Konstruktion des Inventars ist es also, dort, wo Ingleharts Frage mit hoher Wahrscheinlichkeit konstante Ergebnisse produziert, unterschiedliche Entwicklungsrichtungen prüfen zu können. Wenn die Erfahrung von Sachzwängen durch eigene Lebenserfahrung es lehrt, Sachzwänge auch als Bewertungsmaßstab politischer Ziele anzuerkennen, dann sollte zwischen dem 30. und 43. Lebensjahr die Anerkennung von Sachzwängen zunehmen; und wenn die Anerkennung von Sachzwängen ihrerseits größere Zurückhaltung beim Stellen von Wertansprüchen lehrt, dann sollten zwischen dem 30. und 43. Lebensjahr Wertansprüche, wie sie in unserem Inventar bewertet werden, zurückgehen. Das sollte um so mehr der Fall sein, als unsere Untersuchungsgruppe das Bildungsprivileg zu einer Ausdehnung des jugendlichen Moratoriums genutzt hat. Anders als die „eindimensionale“ Postmaterialismus-Frage Ingleharts sollte unser Inventar also in der Lage sein, Entwicklungen politischer Einstellungen zwischen Polen nachzuzeichnen, die sich als biographischer Lernprozeß auffassen lassen. Diese Nähe zwischen der untersuchten Einstellung und

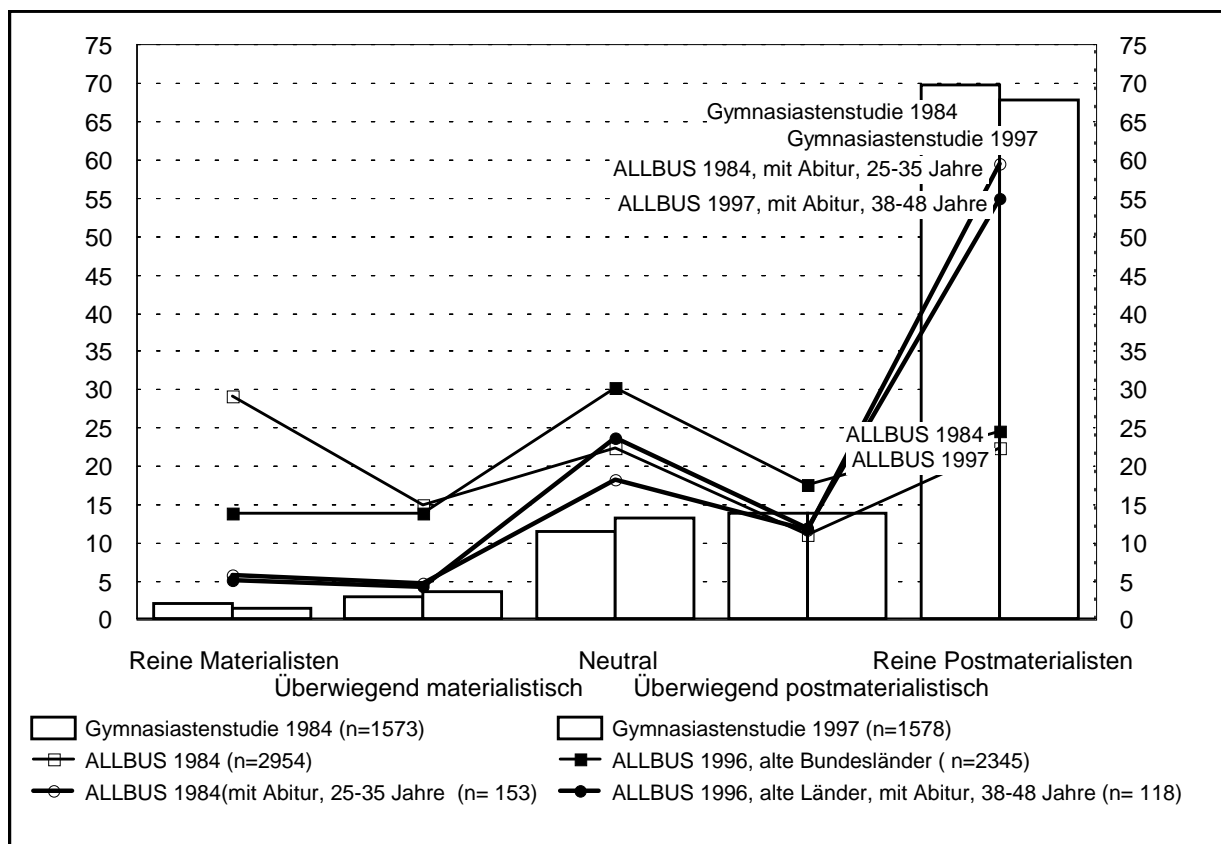
der biographischen Entwicklung zwischen dem 30. und 43. Lebensjahr in einer sozial privilegierten Gruppe ist der entscheidende Grund, weshalb wir als erste von den zahlreichen Einstellungen, die in unseren Befragungen erhoben wurden, politische Einstellungen, und als erste unter den politischen Einstellungen „Wertansprüche“ analysieren.

1.1 Stabilität und Wandel im Aggregat

1.1.1 Postmaterialismus

Abbildung 1 ermöglicht den Vergleich der Verteilung des Postmaterialismus-Indexes in unserer Stichprobe zu beiden Erhebungszeitpunkten. Zum Vergleich sind zusätzlich aus allgemeinen Bevölkerungsumfragen (ALLBUS 1984 und ALLBUS 1996) für beide Zeitpunkte die Verteilungen für den westdeutschen Bevölkerungsquerschnitt und die Subpopulationen, die zu den beiden Zeitpunkten in etwa der Bildungs- und Altersstruktur unserer Stichprobe entsprechen, eingezeichnet.

Abbildung 1 *Materialistische und postmaterialistische Wertprioritäten in der Gymnasiastenstudie und im westdeutschen Bevölkerungsquerschnitt 1984 und 1997*



Erwartungsgemäß hat die übergroße Mehrheit unserer Stichprobe zu beiden Zeitpunkten postmaterialistische Wertprioritäten (1984, mit 30 Jahren: 69,8% und 1997, mit 43 Jahren 67,8% reine Postmaterialisten). Die Vermutung, daß in unserer Stichprobe postmaterialistische Wertansprüche zum Repertoire kultureller Selbstverständlichkeiten gehören, wird zusätzlich gestützt, wenn man zu den eben genannten Zahlen noch die jeweiligen Anteile der Befragten mit überwiegend postmaterialistischen Wertansprüchen addiert: Insgesamt sind dann sowohl im Alter von 30 Jahren als auch mit 43 Jahren über 80% der ehemaligen Gymnasiasten ganz oder überwiegend postmaterialistisch eingestellt. Die Exzentrizität unserer Stichprobe wird im Vergleich mit dem Bevölkerungsquerschnitt sichtbar: 1984 konnten 22,5% der westdeutschen Bevölkerung als reine Postmaterialisten bezeichnet werden. Dieser Anteil steigt bis 1996 nur unwesentlich auf 24,5%. Selbst in den Subpopulationen, die in Bezug auf Bildungsniveau und Altersstruktur unserer Stichprobe etwa entsprechen, liegen die Werte nur bei 59,5% (1984) und 55,1% (1997), also gut 10% unter unserer Stichprobe. Auffällig ist, daß im Bevölkerungsschnitt postmaterialistische Wertvorstellungen zwischen 1984 und 1996 geringfügig zunehmen, während Sie zwischen den beiden betrachteten Altersgruppen sowohl im Bevölkerungsquerschnitt wie auch in unserer Stichprobe leicht rückläufig sind. Dies mag man als erstes kleines Indiz des Rückgangs von idealistisch geprägten Wertansprüchen im Lebensverlauf deuten, aber der sehr hohe Anteil unserer Stichprobe mit postmaterialistischen dominierten Wertvorstellungen im Alter von 43 Jahren belegt, daß die übergroße Mehrheit den Wertprioritäten ihrer Jugend treu bleibt.

1.1.2 Politische Wertansprüche und die Anerkennung von Sachzwängen

Sowohl der hohe Anteil postmaterialistischer Wertprioritäten als auch die im Aggregat beobachtete große Stabilität war erwartet worden. Erwartet worden war aber auch, daß sich Entwicklungen, die auf spezifische Erfahrungen im Lebensverlauf zurückgeführt werden können, erst dann sichtbar werden, wenn – zumindest in dem Gedankenexperiment, das die Frage zu Sachzwängen konstituiert – Werte und Handeln in Einklang gebracht werden müssen. Werte im Handeln realisieren zu wollen, bedeutet auch, sie durch konkurrierende Werte zu relativieren, die zwar in der individuellen Werthierarchie niedriger angesiedelt sein mögen, aber deren Bedeutung gleichwohl anerkannt wird. Es bedeutet auch, konkrete Sachzwänge anzuerkennen, deren Nichtbeachtung eine Zielverwirklichung verhindern könnte.

Die Inventare zur Messung politischer Wertansprüche (WA) und der Anerkennung politischer Sachzwänge (SZ) erlauben es den ausgeprägten Postmaterialismus unserer Stichprobe zu differenzieren und dadurch auch eine auf zunehmender Lebenserfahrung beruhende Wandlung hin zu einem realistischeren Postmaterialismus zu untersuchen. In Tabelle 2 sind für beide Meßzeit-

punkte die Mittelwerte und Standardabweichungen für die einzelnen Items, die aus ihnen konstruierten Summenindizes und die Differenzen zwischen beiden Zeitpunkten wiedergegeben.

Tabelle 2 Politische Wertansprüche und die Anerkennung von politischen Sachzwängen im Alter von 30 Jahren (1984) und 43 Jahren (1997): Mittelwerte

	Politische Wertansprüche (WA)			Anerkennung politischer Sachzwänge (SZ)		
	mit 30 J.	mit 43 J.	Wandel	mit 30 J.	mit 43 J.	Wandel
	MW (SD)	MW (SD)	MW (SD)	MW (SD)	MW (SD)	MW (SD)
Umwelt vs. Wirtschaft	3,35 (0,71)	3,16 (0,77)	-,19**** (0,88)	2,50 (0,89)	3,07 (0,88)	0,57**** (1,00)
Gleichheit vs. Leistung	2,82 (0,98)	2,92 (0,99)	0,10*** (1,15)	2,48 (0,97)	2,81 (0,88)	0,33**** (0,97)
Sicherheit vs. Mobilität	3,09 (0,88)	2,93 (0,92)	-,16**** (1,00)	3,12 (0,81)	3,45 (0,67)	0,33**** (0,89)
Summenindizes:WA85, WA97, SZ85, SZ97	3,09 (0,59)	3,00 (0,62)	-0,08**** (0,65)	2,70 (0,68)	3,11 (0,59)	0,42**** (0,63)

Frageformulierung und Indexbildung:

Ich werde Ihnen nun verschiedene Auffassungen vorlesen, wie man soziale und wirtschaftliche Probleme lösen sollte. Sagen Sie mir bitte nach jeder Auffassung, ob Sie ihr voll und ganz, eher, eher nicht oder überhaupt nicht zustimmen.
Umwelt vs. Wirtschaft: Der Umweltschutz sollte Vorrang vor wirtschaftlichen Notwendigkeiten haben (WA). Für die Erhaltung einer leistungsfähigen Wirtschaft sollte mehr getan werden, denn nur dann können auch Umweltprobleme gelöst werden (SZ).

Gleichheit vs. Leistung: Unabhängig von der Leistung sollte jeder das haben, was er braucht (WA). Die Unterschiede im Einkommen und im sozialen Ansehen sollten groß genug sein, damit es auch einen Anreiz für persönliche Leistung gibt (SZ).

Sicherheit vs. Mobilität: Jeder sollte ein Recht auf einen Arbeitsplatz in dem Beruf haben, den er gewählt hat (WA). Jeder sollte bereit sein, sich durch Umschulung und Berufswechsel einer veränderten Wirtschaftslage anzupassen (SZ).

Antwortvorgaben: (1) Stimme überhaupt nicht zu, (2) stimme eher nicht zu, (3) stimme eher zu, (4) stimme voll und ganz zu.

Für jeden Meßzeitpunkt wurde je ein gemittelter *Summenindex* aus den Items zur Anerkennung politischer Sachzwänge und aus den Items zu Wertansprüchen an die Politik gebildet (WA85, WA97, SZ85, SZ97).

Signifikanz der Differenzen: **** >,0001; ***>,001

MW: Mittelwert, SD: Standardabweichung

Erwartungsgemäß finden Wertansprüche in unser Stichprobe eine hohe Zustimmung. Im Alter von 30 Jahren (1984) liegen die Durchschnittswerte aller drei Items auf der vierstufigen Skala von (1) völlige Ablehnung bis (4) völlige Zustimmung zwischen 2,82 und 3,35. Bei zwei von drei Items kann ein kleiner aber signifikanter Rückgang der Zustimmung im 43. Lebensjahr (1997) beobachtet werden. Die Ausnahme bildet das Item, daß „unabhängig von der Leistung jeder das haben sollte, was er braucht“. Die durchschnittliche Zustimmung zu diesem Item steigt zwischen beiden Zeitpunkten leicht (1984: 2,82; 1997: 2,92). Möglicherweise haben hier die im Beobachtungszeitraum beinahe kontinuierlich gestiegenen Arbeitslosenraten in Deutschland diese Ent-

wicklung beeinflusst. Wegen dieses gegenläufige Items beträgt die durchschnittliche Differenz zwischen beiden Zeitpunkten bei dem aus allen drei Items gebildeten Summenindex WA nur (immer noch signifikante) $-,08$, während sie bei bei Ausschluß dieses Items auf $-,18$ steigt. Dennoch wird auch bei den weiteren Berechnungen der aus Items gebildete Summenindex WA benutzt, um die Vergleichbarkeit mit dem Index aus den Items zur Anerkennung politischer Sachzwänge zu gewährleisten.¹

Trotz der hohen Zustimmung zu Wertansprüchen in unserer Stichprobe werden auch politische Sachzwänge im Alter von 30 Jahren anerkannt, wenn auch die Mittelwerte mit Ausnahme eines Items (Sicherheit vs. Mobilität) noch deutlich unter denen des Inventars zu politischen Wertansprüchen liegen. Die durchschnittliche Zustimmung zu den einzelnen Items beträgt in der ersten Wiederbefragung zwischen $2,48$ und $3,12$, der Mittelwert des Summenindex liegt bei $2,70$. Im 43. Lebensjahr ist die durchschnittliche Anerkennung politischer Sachzwänge deutlich gestiegen. Sie liegt nun zwischen $2,81$ und $3,45$ für die Items und bei $3,11$ für den Summenindex.

Die Entwicklungen von politischen Wertansprüchen und der Anerkennung politischer Sachzwänge zwischen dem 30. und dem 43. Lebensjahr zeigt, daß es unterhalb der durch den Postmaterialismus gemessenen stabilen Werthierarchie durchaus systematische Veränderungen von politischen Vorstellungen im Lebenslauf gibt. Zumindest im Aggregat sinken politische Wertansprüche leicht und zugleich steigt die Anerkennung von Sachzwängen in der Politik deutlich, während die Wertprioritäten postmaterialistisch bleiben. Dies spricht für eingangs formulierte These eines Wandels vom naiven zum reflektierten Postmaterialisten.

1.2 Stabilität und Wandel auf Individualebene

Die These eines Wandels vom naiven zum reflektierten Postmaterialisten, der durch bestimmte Erfahrungen im Lebenslauf verursacht wird, ist natürlich eine Überlegung, die sich auf die Individualebene bezieht. In diesem Abschnitt soll daher untersucht werden, inwieweit sich die oben beschriebenen Aggregat-Entwicklungen auf der Individualebene wiederfinden. Konkret soll hier sowohl für den Postmaterialismus als auch die beiden Inventare untersucht werden, wie groß die

¹ Wie Tabelle 5 weiter unten belegt, interkorrelieren die drei Items zur Messung politischer Wertansprüche 1984 und 1997 jeweils in mittlerer Höhe von etwa $r = ,2$, während sie mit dem aus ihnen berechneten Summenindex relativ hoch ($r > ,6$) korrelieren. Cronbach's α , ein Maß der internen Konsistenz der Skala, erreicht sowohl 1984 als auch 1997 für die WA-Indizes nur Werte von gut $0,4$. Die Korrelationskoeffizienten zwischen den drei Items zur Messung der Anerkennung politischer Sachzwänge liegen höher (1984 zwischen $r = ,32$ und $r = ,40$; 1997 zwischen $r = ,25$ und $r = ,29$). Entsprechend liegen auch die Korrelationen der Items mit ihrem jeweiligen Summenindex und Cronbach's α (1984: $\alpha = ,63$; 1997: $\alpha = ,53$) höher.

Stabilität der Werte und Einstellungen zwischen dem 30. und dem 43. Lebensjahr ist und, falls sich Veränderungen ergeben, ob ihre Richtung den Erwartungen entspricht.

Tabelle 3 Postmaterialismus mit 30 und mit 43 Jahren: Kreuztabellierung (Spaltenprozente)

<i>Alter: 43 Jahre (1997)</i>	<i>Alter: 30 Jahre (1984)</i>											
	<i>Materialisten</i>		<i>Materialist. Mischtyp</i>		<i>Neutral</i>		<i>Postmat. Mischtyp</i>		<i>Postmaterialisten</i>		<i>Gesamt</i>	
	<i>n</i>	<i>%</i>	<i>n</i>	<i>%</i>	<i>n</i>	<i>%</i>	<i>n</i>	<i>%</i>	<i>n</i>	<i>%</i>	<i>n</i>	<i>%</i>
<i>Materialisten</i>	4	12.9	1	2.2	6	3.4	5	2.3	6	0.6	22	1.4
<i>Mat. Mischtyp</i>	5	16.1	6	13.3	15	8.5	11	5.1	17	1.6	54	3.5
<i>neutral</i>	13	41.9	14	31.1	68	38.6	35	16.1	74	6.8	204	13.1
<i>Postmat. Mischtyp</i>	4	12.9	7	15.6	34	19.3	53	24.4	119	11.0	217	14.0
<i>Postmaterialisten</i>	5	16.1	17	37.8	53	30.1	113	52.1	871	80.1	1059	68.1
<i>Gesamt</i>	31	2.0	45	2.9	176	11,3	217	14,0	1087	69,9	1556	100

Stabil (Summe der Hauptdiagonale): 64,4% (n=1002)

Mit 43 Jahren materialistischer als mit 30 Jahren (Summe oberhalb der Hauptdiagonalen): 18,6% (n=289)

Mit 43 Jahren postmaterialistischer als mit 30 Jahren (Summe unterhalb der Hauptdiagonalen): 17,0% (n=265)

Den hohe Grad an Persistenz von Werteprioritäten zwischen dem 30. und 43. Lebensjahr in einer bildungsprivilegierten Stichprobe belegt Tabelle 3. Knapp zwei Drittel der Befragten (64,4%) ordnen die politischen Ziele der Inglehart-Frage mit 43 Jahren in exakt der gleichen Folge wie 13 Jahre zuvor. Bei den Befragten, deren Wertprioritäten sich ändern, ist keine dominante Richtung erkennbar: Während sich bei 17% der Befragten die Prioritäten zum postmaterialistischen hin Pol verschieben (Summe der Befragten unterhalb der Hauptdiagonalen), sind es 18,6% die mit 43 Jahren materialistischer als mit 30 Jahren klassifiziert werden (Summe der Befragten oberhalb der Hauptdiagonalen).

Die Stabilität ist vor allem auf die Persistenz postmaterialistischer Wertorientierungen zurückzuführen: Gut 80% der Befragten, die mit 30 Jahren als reine Postmaterialisten klassifiziert werden konnten, verändern ihre politischen Prioritäten bis zum 43 Lebensjahr nicht, während dies nur auf 12,9% der mit 30 Jahren als reine Materialisten eingestuften Befragten zutrifft. Dieses Ergebnis steht im Gegensatz zu Jagodzinskis (1996, 45-49) Analysen anhand des westdeutschen Panels (1974-1981) der Political Action Studie. Er konnte einen Anteil von 30,3% stabiler Materialisten und nur 2,9% stabiler Postmaterialisten über einen Zeitraum von sieben Jahren ermitteln. Der Unterschied zu den hier vorgelegten Ergebnissen kann möglicherweise zum Teil auf die völlig unterschiedliche Verteilung von postmaterialistischen und materialistischen Wertvorstellungen in den beiden Stichproben erklärt werden, die ihrerseits vor allem auf die unterschiedlichen Stichproben zurückzuführen sind. Während in der Gymnasiastenstudie reine Materialisten eine quantitativ zu vernachlässigende Größe sind, finden sich in der ersten Welle (1974) des als allgemeine Bevölkerungsumfrage angelegten Political Action Panels etwa 55% Materialisten.

Wenn es einen Lebenszykluseffekt in Richtung auf stärker materialistisch geprägte Werte gibt, dann ist das von Jagodzinski berichtete höhere Ausmaß an Stabilität dieser Gruppe z.T. durch einen Deckeneffekt der Frageform erklärbar: Reine Materialisten haben bereits das Ende der Skala erreicht; die letzte Schwelle ist bereits überschritten und ein weiterer Wandel ist auf der Skala nicht abbildbar.

Aber wie kann der hohe Grad stabil postmaterialistischer Wertprioritäten in unserer Studie erklärt werden? Auch hier kann ein Schwellenmodell möglicherweise eine Erklärung liefern: Wenn der Postmaterialismus unserer Stichprobe im Alter von 30 Jahren durch die privilegierte Herkunft und den Bildungsverlauf derart ausgeprägt ist, daß sich unsere Postmaterialisten weit jenseits der Schwelle des Übergangs zum reinen Postmaterialisten befinden, dann ist es möglich, daß sich zwar postmaterialistische Wertansprüche ein Stück weit reduzieren, aber immer noch im höchsten Skalenbereich bleiben. Der Rückgang wäre auf der Inglehart-Skala nicht abbildbar. Hinzu kommt, daß – wie eingangs diskutiert – die spezifische Erhebungsform die Befragten zu einer Entscheidung zwischen beiden Polen des Materialismus/Postmaterialismus-Kontinuums zwingt und nicht berücksichtigt, daß sich beide Pole unabhängig voneinander entwickeln können. Dabei können postmaterialistische Werte nach wie vor die höchste Priorität genießen, aber zugleich materialistische Werte an Bedeutung gewinnen. Ein weiterer wichtiger Punkt ist sicherlich, daß unsere Befragten wegen ihres privilegierten Ausgangspunktes überwiegend in einer gesicherten Lebenssituation leben, die hilft, postmaterialistische Wertvorstellungen tatsächlich über die Zeit zu retten.

Tabelle 4 Stabilität und Wandel der Höhe politischer Wertansprüche und der Anerkennung politischer Sachzwänge zwischen dem 30. und dem 43. Lebensjahr

	n	Stabilität	Wandel	
			Anstieg	Reduzierung
Postmaterialismus (PMAT)	1556	64,4	17,0	18,6
Politische Wertansprüche (WA)	1586	55,1	19,0	25,9
Anerkennung politischer Sachzwänge (SZ)	1586	50,3	43,6	6,1

Stabilität: Eine Differenz von 0,3 wurde noch als stabil gewertet.
Zur Indexbildung vgl. die Anmerkungen zu Tabelle 2.

Eine unabhängige Entwicklung beider Pole läßt sich besser mit der von uns benutzten unabhängigen Bewertung von Wertansprüchen und Sachzwängen durch die Befragten beschreiben. Tab. 4 enthält für die beiden Summenindizes (und zum Vergleich auch für den Postmaterialismus-Index) die Anteile der Befragten, deren Antworten über die Zeit stabil bleiben, und – nach der Richtung differenziert – die Anteile der Befragten mit veränderten politischen Zielvorstellungen.

Ähnlich wie der Postmaterialismus-Index variiert auch das Niveau politischer Wertansprüche zwischen dem 30. und 43. Lebensjahr in beide Richtungen. Dennoch kommt hier wesentlich klarer als beim Postmaterialismus-Index zum Ausdruck, daß Wertansprüche in diesem Zeitraum häufiger sinken als ansteigen: Den gut 55% der Befragten mit stabilen Wertansprüchen stehen knapp 26% mit gesunkenen, aber nur 19% mit gestiegenen Wertansprüchen gegenüber. Zugleich steigt die Anerkennung politischer Sachzwänge bei fast 44% und sinkt nur bei gut 6% der Befragten, während sie bei etwa der Hälfte konstant bleibt.

Offensichtlich verändern sich politische Wertvorstellungen im Beobachtungszeitraum wesentlich mehr, als an der Oberfläche der Wertprioritäten, die der Inglehart-Index beschreibt, sichtbar wird. Erstens machen die präsentierten Zahlen deutlich, daß in unserer Stichprobe zwar postmaterialistische Wertansprüche auch mit 43 Jahren ganz überwiegend noch die höchste Priorität genießen, aber ihre subjektive Bedeutung eher nachläßt als zunimmt. Zweitens werden Wertansprüche zwar zunehmend durch die Anerkennung politischer Sachzwänge relativiert, aber sie verlieren in weit geringerem Maße an Bedeutung, als die Anerkennung politischer Sachzwänge zunimmt.

Tabelle 5 Zusammenhänge zwischen dem Postmaterialismus-Index (PM), politischen Wertansprüchen (WA) und der Anerkennung politischer Sachzwänge (SZ) zwischen dem 30. (1984) und dem 43. Lebensjahr (1997): Korrelationen

	Alter: 30 Jahre (1984)								Alter: 43 Jahre (1997)								
	Politische Wertansprüche				Anerkennung politischer Sachzwänge				PM	Politische Wertansprüche				Anerkennung politischer Sachzwänge			
	(UW)	(GL)	(SM)	WA	(UW)	(GL)	(SM)	SZ		(UW)	(GL)	(SM)	WA	(UW)	(GL)	(SM)	SZ
Alter: 30 Jahre (1984)																	
PM	.23	.21	.08	.28	-.30	-.27	-.15	-.32	.44	.10	.11	-.04	.08	-.22	-.13	-.08	-.20
WA(UW)		.24	.17	.62	-.31	-.23	-.16	-.31	.20	.30	.14	.12	.26	-.21	-.13	-.09	-.21
WA(GL)			.22	.76	-.24	-.25	-.13	-.28	.16	.16	.32	.11	.29	-.17	-.17	-.09	-.20
WA(SM)	Cronbach's $\alpha=.44$.68	-.12	-.28	-.23	-.28	.09	.14	.18	.38	.35	-.06	-.19	-.14	-.18
WA					-.32	-.37	-.25	-.41	.21	.28	.32	.29	.43	-.21	-.24	-.16	-.28
SZ(UW)						.40	.37	.78	-.25	-.15	-.13	-.02	-.14	.37	.30	.16	.39
SZ(GL)							.32	.78	-.22	-.19	-.20	-.12	-.25	.27	.46	.21	.44
SZ(SM)								.72	-.14	-.12	-.09	-.12	-.16	.22	.20	.28	.32
SZ84									-.27	-.21	-.19	-.11	-.25	.38	.42	.29	.51
Alter: 43 Jahre (1997)																	
PM										.12	.11	.00	.12	-.22	-.14	-.07	-.21
WA(UW)											.22	.19	.64	-.17	-.17	-.09	-.21
WA(GL)												.19	.73	-.11	-.21	-.06	-.18
WA(SM)														.68	.02	-.19	-.14
WA															-.12	-.28	-.14
SZ(UW)															.28	.29	.75
SZ(GL)																.25	.74
SZ(SM)																	.65

Anmerkungen:

PM: Postmaterialismus-Index; WA: Wertansprüche an die Politik; SZ: Anerkennung politischer Sachzwänge.

UW: Umwelt vs. Wirtschaft; GL: Gleichheit vs. Leistung; SM: Sicherheit vs. Mobilität.

Zur Itemformulierung vgl. Tabelle 2.. Fett: Korrelationskoeffizienten über $r=|0,2|$

Zu beiden Zeitpunkten finden wir sowohl die erwartete positive Korrelation zwischen dem Postmaterialismus-Index (PM) und der Höhe politischer Wertansprüche (WA) als auch die erwartete negative Korrelationen dieser beiden Indizes mit der Höhe der Anerkennung politischer Sachzwänge (SZ). Im Alter von 30 Jahren ist der Zusammenhang zwischen dem Postmaterialismus- und dem Wertanspruchs-Index am schwächsten ($r = ,28$), während die negative Korrelation zwischen PM und SZ im Betrag etwas darüber liegt ($r = -,32$) und am höchsten zwischen WA und SZ ist ($r = -,41$). Im Alter von 43 Jahren finden wir das gleiche Muster, aber die Koeffizienten sind deutlich reduziert. Die Tatsache, daß 1997 die Korrelation zwischen PM und WA auf $r = ,12$ zurückgeht, ist darauf zurückzuführen, daß die Wertprioritäten mit 43 Jahren nach wie vor überwiegend postmaterialistisch geprägt sind, aber die Bedeutung der Wertansprüche sich reduziert hat. Reduziert haben sich im 43. Lebensjahr auch die Zusammenhänge zwischen der Anerkennung politischer Sachzwänge auf der einen Seite und beiden Wertanspruchs-Indikatoren auf der anderen Seite (SZ/PM: $r = -,21$; SZ/WA: $r = -,26$). Der Rückgang der Zusammenhänge zwischen A6(mw)-4s1(aoef)4.1(f) (neg6wo87 Taoer)4.8()r Höhe der A8()venerkennung zienten

S

schen Wertansprüche werden auch unabhängig von der Anerkennung von Sachzwängen im Alter von 30 Jahren hoch bewertet. Da sie aber nicht als Ranking- sondern als Rating-Skala konzipiert sind, erlauben sie es dem Befragten, im oberen – postmaterialistisch dominierten – Bereich ihrer Wertehierarchie zu differenzieren. Der Rückgang des Niveaus politischer Wertansprüche zwischen dem 30. und dem 43. Lebensjahr ist denn auch deutlich stärker ausgeprägt als die Umschichtung der individuellen Wertehierarchie in Richtung auf materialistische Wertprioritäten.

Das Inventar „Anerkennung politischer Sachzwänge“ ist bereits auf Item-Ebene als Gegenpol zu dem Inventar „Wertansprüche an die Politik“ konzipiert. Sowohl auf Item-Ebene als auch auf Ebene der Summenindizes finden wir zu beiden Zeitpunkten die erwarteten negativen Korrelationen mit den Wertanspruchs-Indikatoren und dem Postmaterialismus-Index. Zugleich aber erlauben sie dem Befragten eine zusätzliche Differenzierung, indem sie es ermöglichen, die angestrebten politische Zielwerte durch spezifische Sachzwänge, deren Berücksichtigung zu ihrer Verwirklichung notwendig ist, zu relativieren. Eine solche realistische Sicht ist zwar schon im 30. Lebensjahr verbreitet, wie der hohe Grad an Zustimmung belegt, aber sie nimmt im weiteren Verlauf bis zum 43. Lebensjahr nochmals deutlich zu, und zwar zumindest partiell unabhängig von dem wesentlich schwächeren Rückgang des Niveaus postmaterialistischer politischer Wertansprüche, wie auch an den geringeren Korrelationen zwischen der Anerkennung von politischen Sachzwängen und den politischen Wertansprüchen bzw. dem Postmaterialismus-Index ablesbar wird. Einer dominant postmaterialistischen Wertehierarchie mit hohen politischen Wertansprüchen – wenn auch nicht mehr ganz so hoch wie im 30. Lebensjahr – steht im 43. Lebensjahr eine deutlich verstärkte Anerkennung politischer Sachzwänge gegenüber, die es gerechtfertigt erscheinen läßt, von einem Wandel hin zu einem stärker realistisch geprägten Postmaterialismus zu sprechen.

2 Ursachen postmaterialistische Werteprioritäten, politische Wertansprüche und der Anerkennung von politischen Sachzwängen

2.1 Sozialisations- und Entwicklungshypothese

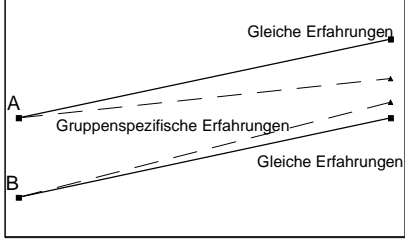
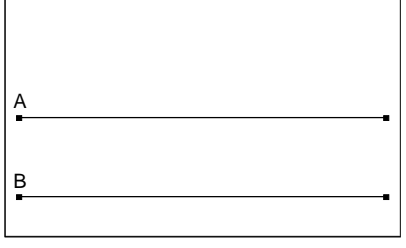
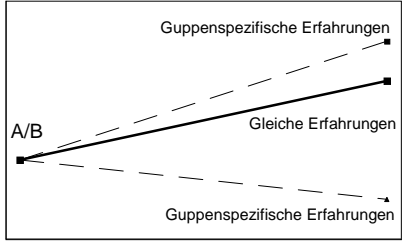
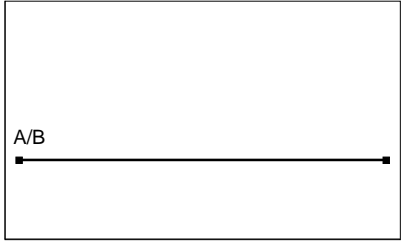
Die Sozialisationshypothese, so wie sie beispielsweise auch von Inglehart (1977) vertreten wurde, unterstellt, daß Werte in einer frühen formativen Lebensphase geprägt werden und im weiteren Lebensverlauf relativ konstant bleiben. Der Wertwandel von materialistischen hin zu postmaterialistischen Werten, den Inglehart seit Beginn der 70er Jahre in den westlichen Industrieländern beobachtet, ist seiner Meinung nach auf die Sozialisation der Nachkriegsgenerationen in einem Klima relativen Wohlstandes zurückzuführen.

Schwer einzusehen ist allerdings, warum nur die Erfahrungen, die in einem relativ frühen Entwicklungsstadium gemacht werden, die Wertstruktur für das ganze spätere Leben entscheidend prägen sollten, während die Erfahrungen der Akteure in ihrem weiteren Lebenslauf mehr oder weniger bedeutungslos sein sollen. Bereits mehrfach wurde in der Literatur auf den engen Zusammenhang zwischen Postmaterialismus und wirtschaftlichen Kennwerten wie der Inflationsrate oder der Arbeitslosenquote hingewiesen (z.B. Gabriel 1986), die möglicherweise auch nach der formativen Phase der Jugend das Wertemuster zu beeinflussen vermögen. In den folgenden Analysen stehen solche Periodeneffekte, die alle Mitglieder einer Gesellschaft zu einem bestimmten Zeitpunkt gleichermaßen betreffen und daher möglicherweise einen Beitrag zur Erklärung des Wertewandels im Aggregat einer Gesellschaft zu leisten vermögen, im Zentrum des Interesses. Unser Untersuchungsinteresse ist es, zu analysieren, inwieweit Wertstrukturen durch spezifische Erfahrungen im Lebensverlauf modifiziert werden. Als Lebenszyklushypothese werden solche Ansätze zur Erklärung eines intrapersonalen Wertewandels im Lebensverlauf diskutiert (z.B. Bürklin/Klein/Ruß 1994). Wir möchten lieber von der „Erfahrungshypothese“ sprechen, da diese Bezeichnung den Mechanismus der Wertvermittlung beschreibt und zugleich nicht auf das enge Konzept des Lebenszyklus beschränkt ist.

Sozialisations- und Erfahrungshypothese schließen einander nicht aus, sondern können sich ergänzen. Mehr noch, die Sozialisationshypothese kann als ein Spezialfall der Erfahrungshypothese betrachtet werden, der „Erfahrungen“ nur auf einen bestimmten Zeitraum beschränkt und damit natürlich auch die langfristige Wirksamkeit der einmal erfahrenen Prägung betont, während die Erfahrungshypothese individuellen Wertewandel prinzipiell während des gesamten Lebenslaufes zuläßt. Der Beobachtungszeitraum, auf den sich die Untersuchungen beziehen, ist der Lebensabschnitt zwischen dem 30. und 43. Lebensjahr. Der Beobachtungszeitraum beginnt also zu einem

Zeitpunkt, an dem die nach der Sozialisationshypothese für die Werteformation entscheidenden Jahre weitgehend abgeschlossen sein sollten. Isoliert betrachtet begründet die Sozialisationshypothese unterschiedliche Wertvorstellungen zu Beginn des Beobachtungszeitraumes, die im weiteren Verlauf bis zum 43. Lebensjahr konstant bleiben sollten. Die Erfahrungshypothese läßt dagegen eine Entwicklung der Wertstrukturen in diesem Zeitraum erwarten. Beide Hypothesen lassen sich in Form einer Vierfeldertafel (vgl. Abbildung 6) kombinieren, so daß sich vier mögliche Entwicklungsmuster von Werten, die sich aus den Kombinationen beider Hypothesen ergeben, unterscheiden lassen.

Abbildung 6 Sozialisations- und Entwicklungshypothese: Entwicklungsmuster von Wertstrukturen

	Erfahrung: Veränderungen der Wertstruktur im Beobachtungszeitraum Ja: Veränderung¹		Nein: Stabilität	
Sozialisations: Unterschiedliche Wertstruktur zu Beginn des Beobachtungszeitraumes Ja: Unterschiede	(1/1) Sozialisations- und Erfahrungseffekte 		(1/2) Nur Sozialisationseffekte 	
Nein: Gleichheit	(2/1) Nur Erfahrungseffekte 		(2/2) Kein Effekte 	

¹ Die Steigung der Linien in den Abbildungen steht lediglich für eine Veränderung der Wertstruktur, noch nicht für deren Richtung. Das muß der konkreten Spezifikation der Hypothesen vorbehalten bleiben.

2.2 Bildung

2.2.1 Spezifikation der Sozialisations- und Erfahrungshypothese im Hinblick auf das formale Bildungsniveau

Spezifiziert man die Sozialisations- und die Erfahrungshypothese im Hinblick auf einen konkreten Einflußfaktor, wie das formale Bildungsniveau, dann werden die Konsequenzen der verschiede-

nen Hypothesenkombinationen für die Vorhersage von Wertstrukturen im Beobachtungszeitraum deutlich. Der Bildungsabschluß im Alter von 30 Jahren reflektiert die Gelegenheitsstrukturen der formativen Periode und ist insofern lediglich eine Indikatorvariable für formative Sicherheit. Es handelt sich also um eine typische Sozialisations- oder Prägungsvariable, die der Wertstruktur bereits zu Beginn des Beobachtungszeitpunktes ihren Stempel aufgedrückt haben sollte. Sie wird in der vorliegenden Stichprobe in fünf Stufen gemessen: (1) max. Mittlere Reife, (2) max. Abitur, (3) Studium nicht abgeschlossen, (4) erster Studienabschluß und (5) Promotion. Die Verteilungen dieser Variable im 30. und 43. Lebensjahr können der folgenden Tabelle entnommen werden.

Tabelle 7 Bildungserfolg mit 30 und mit 43 Jahren

	mit 30 Jahren		mit 43 Jahren	
	n	%	n	%
MR: max. Mittlere Reife	274	17.2	264	16.5
ABI: max. Abitur, kein Studium	123	7.7	119	7.5
STUD OHNE: Studium begonnen, kein Abschluß	258	16.2	181	11.3
STUD MIT: Erster Studienabschluß	902	56.5	920	57.6
DR: Promotion	39	2.4	112	7.0
Gesamt	1596	100	1596	100

Die Sozialisationshypothese würde gestützt, wenn sich zu Beginn des Beobachtungszeitraumes entsprechend der Rangordnung der Bildungsabschlüsse abgestufte Unterschiede beim Postmaterialismus-Index und bei den Inventaren zu politischen Wertansprüchen und der Anerkennung politischer Sachzwänge finden würden (vgl. die Felder 1/1 und (1/2) von Abbildung 6). Konkret sollte mit der Höhe des im Alter von 30 Jahren erreichten Bildungsabschluß die Neigung zu postmaterialistischen Wertprioritäten und zu Wertansprüchen an die Politik steigen, während die Anerkennung politischer Sachzwänge sinken sollte. Die Sozialisationshypothese wäre im konkreten Fall zu verwerfen, wenn keine Unterschiede zwischen den Bildungsstrata zu finden wären (vgl. Felder 2/1 und (2/2) von Abbildung 6).²

² Die Sozialisationshypothese als Bildungshypothese wurde natürlich im Kern schon durch den Vergleich der vorliegenden bildungsprivilegierten Stichprobe mit dem Bevölkerungsschnitt geprüft. Wie Abbildung 1 belegt, ist unsere Stichprobe wesentlich postmaterialistischer als der Bevölkerungsschnitt eingestellt. Hier wird lediglich überprüft, ob das Bildungsniveau selbst in einer derart privilegierten Stichprobe noch einmal das sehr hohe durchschnittliche Niveau postmaterialistischer Wertprioritäten differenziert.

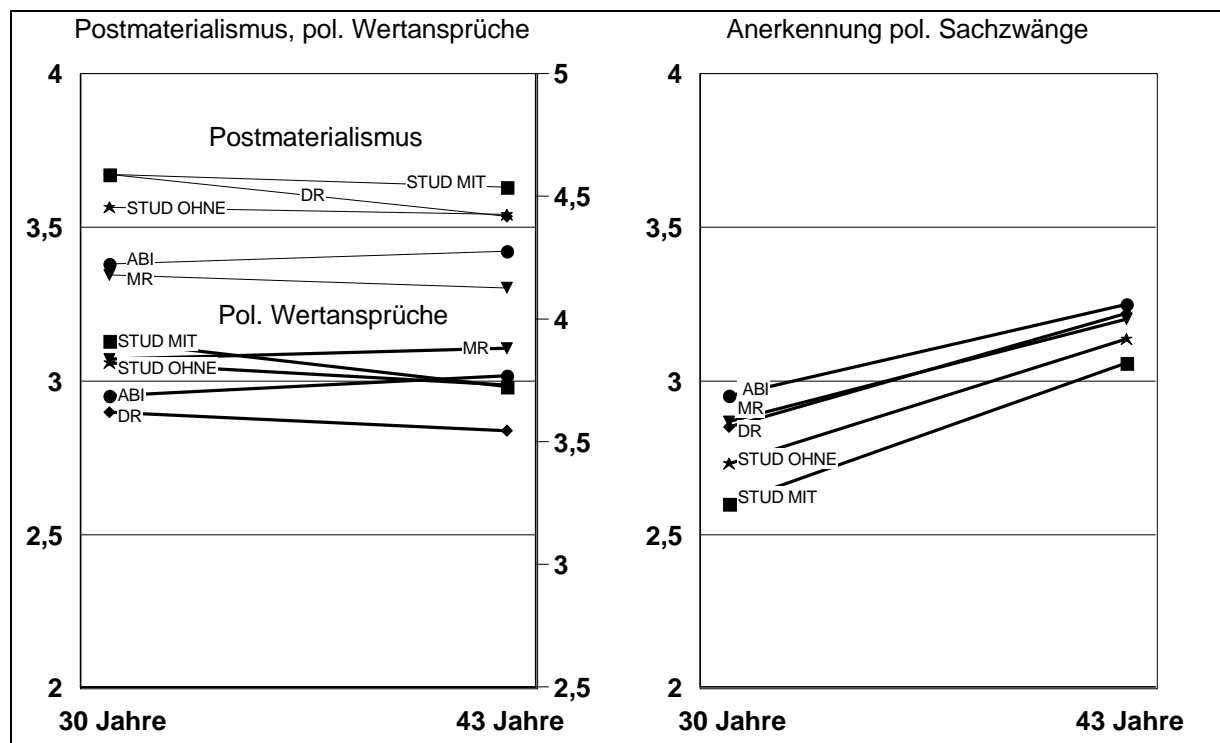
Auf eine spezifische Erfahrungshypothese müßte zurückgegriffen werden, wenn sich jenseits des 30. Lebensjahr im Beobachtungszeitraum eine Entwicklung der Wertmuster bis zum 43. Lebensjahr feststellen ließe (1/1 und 2/1). Lassen sich im 30. Lebensjahr zwischen den Bildungsstrata unterschiedliche Wertmuster finden und entwickeln sich die Werte darüber hinaus über alle Gruppen in eine bestimmte Richtung, dann muß im Lebenslauf ein allen Gruppen gemeinsamer Einflußfaktor gesucht werden, der die Veränderung bewirken könnte. Einen solcher Einflußfaktor könnte beispielsweise die Erfahrung mit den marktförmigen Strukturen des Erwerbslebens, in das fast alle Befragten eintreten, sein. Wirkt die Erfahrungen tatsächlich auf die verschiedenen Gruppen gleich, dann ergibt sich eine parallele Entwicklung der Wertmuster, so wie sie in Zelle (1/1, durchgezogene Linien) von Abbildung 6 dargestellt ist. Unterscheiden sich die Erfahrungen aber zwischen den Gruppen oder wirkt die gleiche Erfahrung in den verschiedenen Gruppen unterschiedlich, dann werden sich die Wertmuster auch unterschiedlich entwickeln (1/1, unterbrochene Linien). Ersteres könnte beispielsweise der Fall sein, wenn die Bedingungen, auf die die Akteure nach dem Abschluß Ihrer Ausbildung auf dem Arbeitsmarkt oder an ihrer Arbeitsstelle treffen, sich deutlich zwischen den einzelnen Bildungsgruppen unterscheiden. Ein Beispiel für den zweiten Fall ist es, wenn die verschiedenen Bildungsgruppen mit deutlich unterschiedlichen Erwartungen und Ansprüchen in das Erwerbsleben eintreten, aber dort auf ähnliche Strukturen treffen, die die Wertstrukturen einander angleichen.

2.2.2 Ergebnisse: Bildungsniveau

Abbildung 8 erlaubt den Vergleich der Mittelwerte für den Postmaterialismusindex (PMAT) und die beiden Summenindizes für politische Wertansprüche (WA) und für die Anerkennung politischer Sachzwänge (SZ) in den oben genannten Bildungsgruppen im Alter von 30 Jahren und 43 Jahren.

Nur im Falle des Postmaterialismus wird zu beiden Zeitpunkten eine Ordnung erkennbar, die sich mit der Sozialisationshypothese vereinbaren läßt. Je höher der Bildungsabschluß im Alter von 30 Jahren ist, desto postmaterialistischer sind auch die Wertprioritäten. Vor allem die Tatsache eines Studiums scheint die Dominanz postmaterialistischer Werte noch einmal zu forcieren. Im Alter von 43, also 13 Jahre später, bleibt diese Ordnung weitgehend (mit der Ausnahme der Promotion) erhalten. Die Veränderungen zwischen beiden Zeitpunkten sind gering und in ihrer Richtung uneinheitlich.

Abbildung 8 Postmaterialismus, politische Wertansprüche und Anerkennung politischer Sachzwänge im 30. und 43. Lebensjahr (Mittelwerte, geschichtet nach dem höchsten Bildungserfolg im Alter von 30 Jahren)



Bildungsabschlüsse siehe Tabelle 7

Skalen: Postmaterialismus: 1-5, Wertansprüche/Sachzwänge 1-4, dargestellt wird jeweils die obere Hälfte des Wertebereichs.

Die Höhe politischer Wertansprüche (WA) folgt im Alter von 30 Jahren nicht der in der Sozialisationshypothese angenommenen Ordnung. Bis zum Alter von 43 Jahren steigen Wertansprüche in den beiden Gruppen, die niemals ein Studium aufgenommen haben (MR, ABI), während sie in den Gruppen mit Studium sinken (UNI OHNE, UNI MIT, DR.). Zum Ende des Beobachtungszeitraumes sind politische Wertansprüche in der Gruppe, die mit 30 Jahren maximal die Mittlere Reife erreicht hat, am höchsten, und in der Gruppe, die mit 30 Jahren bereits promoviert war, am niedrigsten, während die drei anderen Bildungsgruppen dichtgedrängt in der Mitte zwischen diesen beiden Extremen liegen. Diese Ordnung, die sich auch nicht ändert, wenn man für den zweiten Zeitpunkt anstatt auf den höchsten Abschluß bis zum Alter von 30 Jahren auf den letzten Bildungsabschluß zurückgreift, stellt die in der Sozialisationshypothese spezifizierte Ordnung auf den Kopf.³

³ Die Mittelwerte für WA 1997 in Bildungsgruppen 1997: MR: 3,11; ABI: 3,03; UNI OHNE: 3,01; UNI MIT: 2,98, DR: 2,83.

Die Anerkennung politischer Sachzwänge folgt weder im Alter von 30 Jahren noch 13 Jahre später dem erwarteten Muster. Auffällig ist hier allerdings die Gleichförmigkeit der Entwicklungen zwischen beiden Zweitpunkten und die Tatsache, daß sich im Alter von 43 Jahren die Abstände zwischen den Bildungsgruppen verringert haben. Offensichtlich gibt es Einflüsse jenseits des Bildungsniveaus, die zwischen dem 30. und 43. Lebensjahr die Anerkennung politischer Sachzwänge fördern. Es gilt also eine Erfahrungshypothese zu spezifizieren, die diesen Anstieg erklären kann. Einen erster Hinweis auf den möglichen Inhalt einer solchen Hypothese kann die Tatsache geben, daß diese Erfahrungen im Alter von Jahren den verschiedenen Gruppen offenbar in unterschiedlichem Ausmaß zur Verfügung standen, im weiteren Lebensverlauf – wie der Anstieg zeigt – aber von allen Gruppen gemacht wurden, so daß sich mit 43 Jahren die Differenzen zwischen den Gruppen sich deutlich verringert haben. Die Erwerbstätigkeit ist eine solche Erfahrung, die die beiden Gruppen ohne Studium (MR, ABI) häufiger bereits vor dem 30. Lebensjahr gemacht haben, die aber von den Gruppen mit Studium bis zum 43. Lebensjahr nachgeholt wird. Der Einfluß der Erwerbstätigkeit auf die Wertstruktur wird weiter unten genauer untersucht.

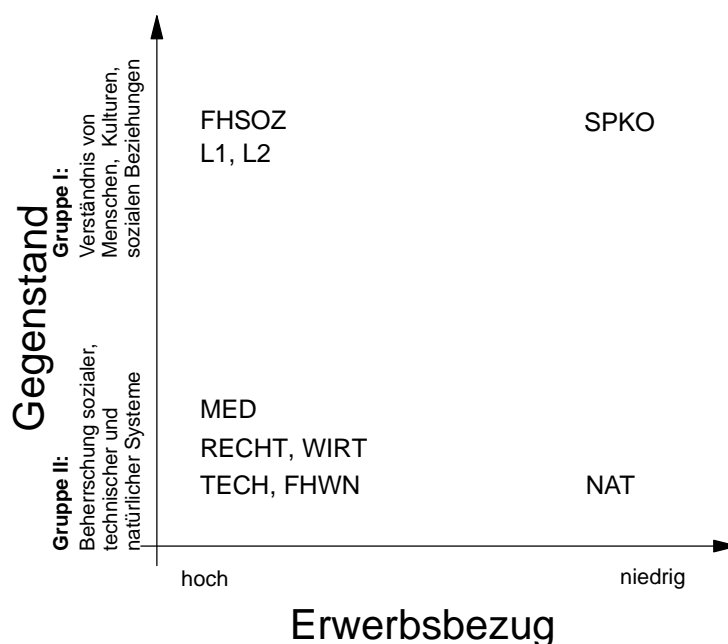
Zusammenfassend läßt sich sagen, daß sich die Sozialisationshypothese nur für den Postmaterialismus, nicht aber für die Wertansprüche an die Politik und die Anerkennung politischer Sachzwänge bewährt hat. Eine Entwicklungshypothese muß nach den Ergebnissen für den Einfluß des Bildungsniveaus vor allem für die Anerkennung politischer Sachzwänge begründet werden. Dies entspricht den Erwartungen, daß in einer Stichprobe, in der postmaterialistische Wertvorstellungen zum beinahe selbstverständlichen Habitus gehören, Entwicklungen und Veränderungen nur auf der darunter angesiedelten Ebene der aus der Situationsdefinition abgeleiteten handlungsrelevanten Bewertungen gesucht werden können. Erfahrungen zwingen i.d.R. nicht dazu, die Werte zu revidieren, die man sich in der formativen Periode angeeignet hat. Aber sie erzwingen einen realistischeren Blick auf das gegenwärtig Machbare, konkret den Wandel vom naiven zum realistischen Postmaterialisten.

2.2.3 Studiengänge

Im folgenden Abschnitt soll der Frage nachgegangen werden, welchen Einfluß der gewählte Studiengang in einer altershomogenen Stichprobe ehemaliger Gymnasiasten auf politische Werte besitzt. Wenn die Studiengänge die Wertstruktur zu beeinflussen vermögen, dann geschieht dies vermittelt Sozialisierung in einem spezifischen fachlichen Milieu, einer bestimmten Fachkultur. Mögliche Ursachen für solche studienfachspezifischen Differenzen sind zum einen in der unterschiedlichen Nähe der verschiedenen Fächer zum Erwerbsleben und in den unterschiedlichen Gegenstandsbereichen der verschiedenen Fächer zu sehen. Benutzt werden hier zehn zusam-

mengesetzte Studiengänge (FHSOZ: sozial- und kulturwissenschaftliche Fächer Fachhochschule, SPKO: Sprach-, Kultur- und Orientierungswissenschaften Universität, L1: Lehrer Primarstufe, L2: Lehrer Sekundarstufe, NAT: Naturwissenschaften Universität, TECH: Technik und Ingenieurwissenschaften Universität, WIRT: Wirtschaftswissenschaften Universität, RECHT: Rechtswissenschaften, MED: Medizin, FHWN: Wirtschafts- und Naturwissenschaften Fachhochschule)⁴, die sich nach ihrem Gegenstandsbereich und ihrem Erwerbsbezug ordnen lassen. Eine solche Klassifikation von Studiengängen ist natürlich immer äußerst grob, aber sie stellt eine Heuristik zur Bildung von allgemeineren Hypothesen über den Einfluß von universitären Fachkulturen auf die Entwicklung politischer Wertvorstellungen zur Verfügung. Inhaltlich beschränkt sich diese Klassifikation darauf, in der einen Dimension zwischen zwei Gruppen von Studiengängen nach ihrem spezifischen Gegenstandsbereich zu unterscheiden: Dabei stehen Studiengänge, die auf das Verständnis von Menschen, sozialen Beziehungen und Kulturen ausgerichtet sind, Studiengängen gegenüber, deren Gegenstand die Beherrschung sozialer, technischer oder natürlicher Systeme ist. Die zweite Dimension haben wir Erwerbsorientierung genannt. Sie beschreibt, ob ein Studiengang in fest umrissene Berufsfelder führt oder rein wissenschaftlich ausgerichtet ist.

Abbildung 9 Grobklassifikation der Studiengänge



Abkürzungen: **FHSOZ:** sozial- und kulturwissenschaftliche Fächer Fachhochschule, **SPKO:** Sprach-, Kultur- und Orientierungswissenschaften Universität, **L1:** Lehrer Primarstufe, **L2:** Lehrer Sekundarstufe, **NAT:** Naturwissenschaften Universität, **TECH:** Technik und Ingenieurwissenschaften Universität, **WIRT:** Wirtschaftswissenschaften Universität, **RECHT:** Rechtswissenschaften, **MED:** Medizin, **FHWN:** Wirtschafts- und Naturwissenschaften Fachhochschule.

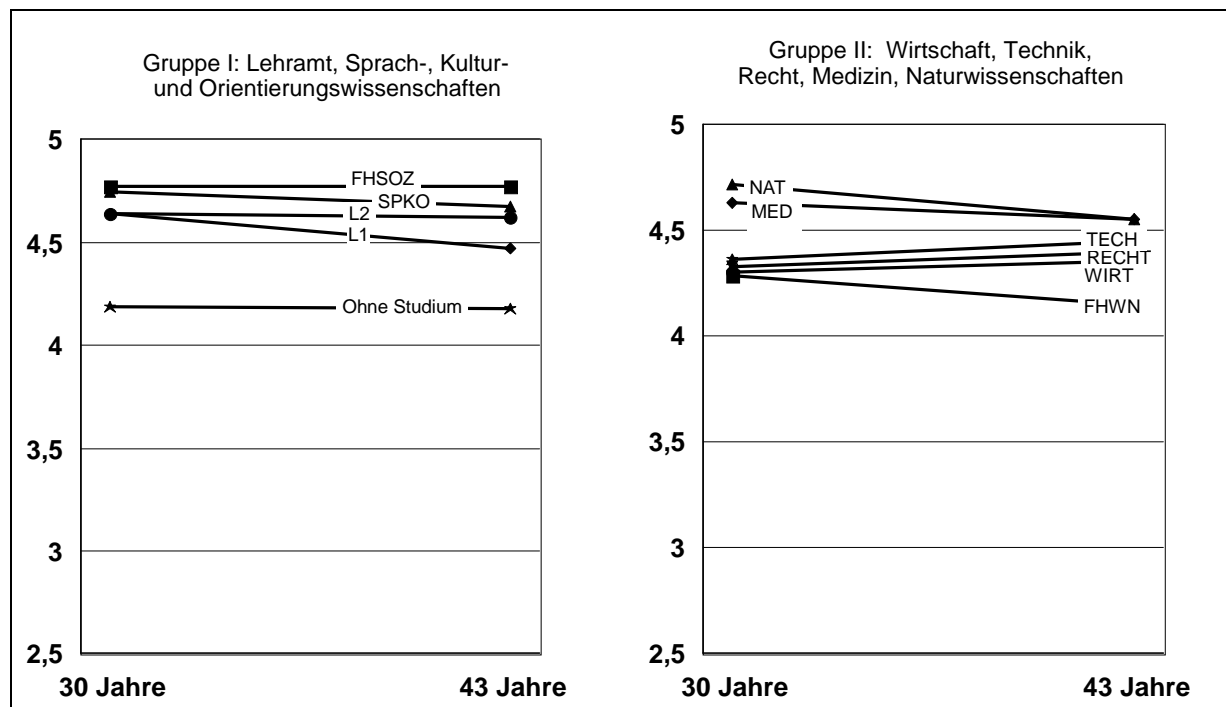
⁴ Zu den Details der Zuordnung der Studienfächer und Abschlüsse zu den zehn zusammengefaßten Studiengängen vgl.: Meulemann 1988, Übersicht 5.

Erwartet wird, daß das spezifische Milieu und die Fachkultur von Studiengängen, deren Gegenstand das Verständnis von Menschen, sozialen Beziehungen und Kulturen ist (Gruppe I), postmaterialistische Werteinstellungen stärker begünstigt als dies in Studiengängen, die auf die Beherrschung von sozialen, technischen und natürlichen Systemen ausgerichtet sind (Gruppe II), der Fall ist. Inwieweit unterschiedliche Fachkulturen in einer bildungsprivilegierten Stichprobe mit ohnehin hohen postmaterialistischen Wertprioritäten bei der Ranking-Skala Postmaterialismus überhaupt noch eine zusätzliche Differenzierung verursachen (können), kann vorläufig offen bleiben. An den als Rating unabhängig von der Anerkennung materialistischer Sachzwänge gemessenen postmaterialistischen Wertansprüchen an die Politik sollten die Unterschiede jedenfalls stärker ablesbar sein, weil die Rating-Indikatoren dem Individuum eine Differenzierung unterhalb der Ebene einer erhebungstechnisch erzwungenen Prioritätenbildung erlauben. Umgekehrt sollte in letzteren die Anerkennung politischer Sachzwänge stärker ausgeprägt sein. Darüber hinaus sollten Studienfächer, die primär wissenschaftlich und weniger berufsqualifizierend ausgerichtet sind, postmaterialistische Wertansprüche an die Politik begünstigen und die Anerkennung politischer Sachzwänge reduzieren.

Mit diesen Überlegungen werden die beiden Hypothesen Ingleharts nicht widerlegt, sondern ergänzt. Die Sozialisationshypothese, die die Phase der Ausbildung einer Werthierarchie in den formativen Jahren der Jugend verortet, wird um ein Element, das eine Prägung von Werten – möglicherweise unterhalb der Ebene der Wertprioritäten, so wie sie die Inglehart-Skala mißt – im weiteren Lebensverlauf erweitert. Auch die Knappheitshypothese, die besagt, daß die Menschen sich postmaterialistischen Werten zuwenden, wenn die physische und wirtschaftliche Bedürfnisbefriedigung ein so hohes Niveau erreicht hat, daß in diesem Bereich keine weiteren Anstrengungen nötig erscheinen, wird nicht bestritten. Es wird aber vermutet, daß sich auf dieser Basis durch Diffusionsprozesse bestimmte kulturelle Milieus entwickelt haben, in denen postmaterialistische Wertorientierungen stärker als anderswo zur kulturellen Norm geworden sind.

Bei den Studienfächern handelt es sich um eine Einflußgröße, die bereits vor dem 30. Lebensjahr prägend auf die individuelle Wertstruktur wirkt. Differenzen sollten daher bereits zum Zeitpunkt der ersten Wiederbefragung sichtbar sein und in der Folge konstant bleiben. Eine tendenzielle Angleichung bis zum 43. Lebensjahr wäre auf mehrheitlich geteilte Erfahrungen zurückzuführen, die vor allem im Erwerbsleben zu suchen wären. In den folgenden Abbildungen 10a-c wird die Entwicklung des Postmaterialismus-Index (a), der politischen Wertansprüche (b) und der Anerkennung politischer Sachzwänge (c) zwischen dem 30. und dem 43. Lebensjahr in zehn zusammengefaßten Studiengängen und zum Vergleich in der Gruppe ohne Studium grafisch durch die Gruppenmittelwerte zu beiden Zeitpunkten dargestellt.

Abb. 10a Postmaterialistische Wertprioritäten im 30. und 43. Lebensjahre in Studiengängen (Mittelwerte)



Abkürzungen: siehe Abb. 9

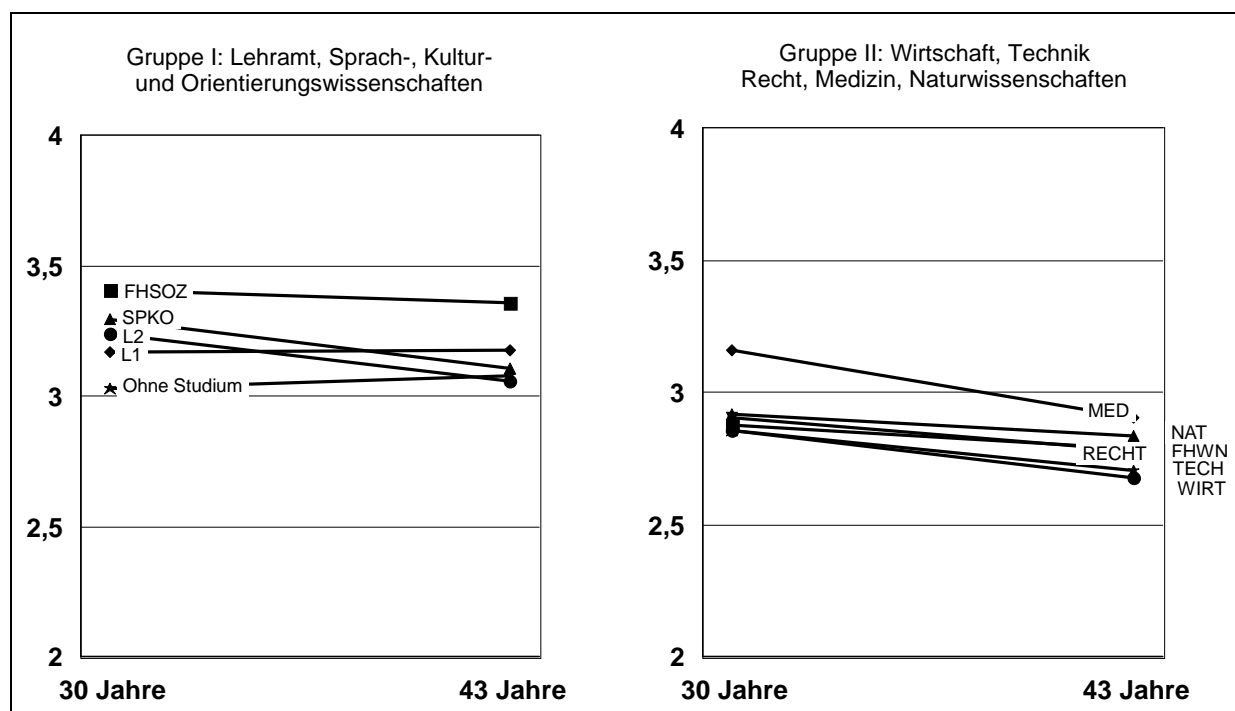
Verteilungen: Ohne Studium: n=399, FHSOZ: n=63, SPKO: n=144, L2: n=306, L1: n=151, MED: n=86, NAT: n=55, TECH: n=78, RECHT: n=93, WIRT: n=93, FHWN: 142.

Wie die Gruppenmittelwerte (vgl. Abb. 10a) belegen, sind im 30. Lebensjahr die Wertprioritäten erwartungsgemäß bei den Befragten, die einen eher auf das Verständnis von Menschen, sozialen Beziehungen und Kultur ausgerichteten Studiengang absolviert haben (Gruppe I), stärker postmaterialistisch ausgerichtet als es bei den Befragten, deren Studium auf die Beherrschung von sozialen, technischen und natürlichen Systemen zielt (Gruppe II), der Fall ist. Innerhalb dieser beiden Gruppen von Studiengängen liegen die Werte bis auf zwei Ausnahmen (NAT, MED) eng beieinander, während sie sich erwartungsgemäß deutlich zwischen diesen Gruppen unterscheiden. Am wenigsten postmaterialistisch geprägt ist die zum Vergleich wiedergegebene Gruppe ohne Studium. Mediziner und Naturwissenschaftler sind mit 30 Jahren ähnlich postmaterialistisch geprägt wie Geistes- und Sozialwissenschaftler. Bei den Naturwissenschaftlern kann diese Besonderheit hypothetisch mit der stärker wissenschaftlichen und weniger anwendungsbezogenen Ausrichtung des Studiums erklärt werden, während bei den Medizinerinnen auf eine ad-hoc-Hypothese, wie z.B. eine nach wie vor durch humanistische Ideale geprägte Fachkultur, zurückgegriffen werden muß.

Zwischen dem 30. und dem 43. Lebensjahr ist keine einheitliche Tendenz zu erkennen. In Gruppe I bleiben die Werte relativ konstant oder sie verringern sich geringfügig, so daß im 43. Lebens-

jahr diese Gruppe etwas an Homogenität verloren hat. In Gruppe II ist der verhältnismäßig starke Rückgang bei den Naturwissenschaftlern, den Medizinerinnen und den Absolventen von wirtschaftswissenschaftlich, technisch oder naturwissenschaftlich ausgerichteten Fachhochschulstudiengängen verglichen mit der Stabilität und dem minimalen Anstieg der drei anderen Studiengänge auffällig. Möglicherweise verschiebt eine Erwerbstätigkeit, in die gerade Naturwissenschaftler und Mediziner erst spät eintreten, das Wertespektrum in besonderem Maße und überlagert dabei die Prägung durch die spezifische Fachkultur, so daß im Alter von 43 Jahren Naturwissenschaftler, Mediziner, Ingenieure, Juristen und Wirtschaftswissenschaftler eng beieinander liegen.

Abb. 10b Wertansprüche an die Politik (WA) im 30. und 43. Lebensjahre in Studiengängen (Mittelwerte)



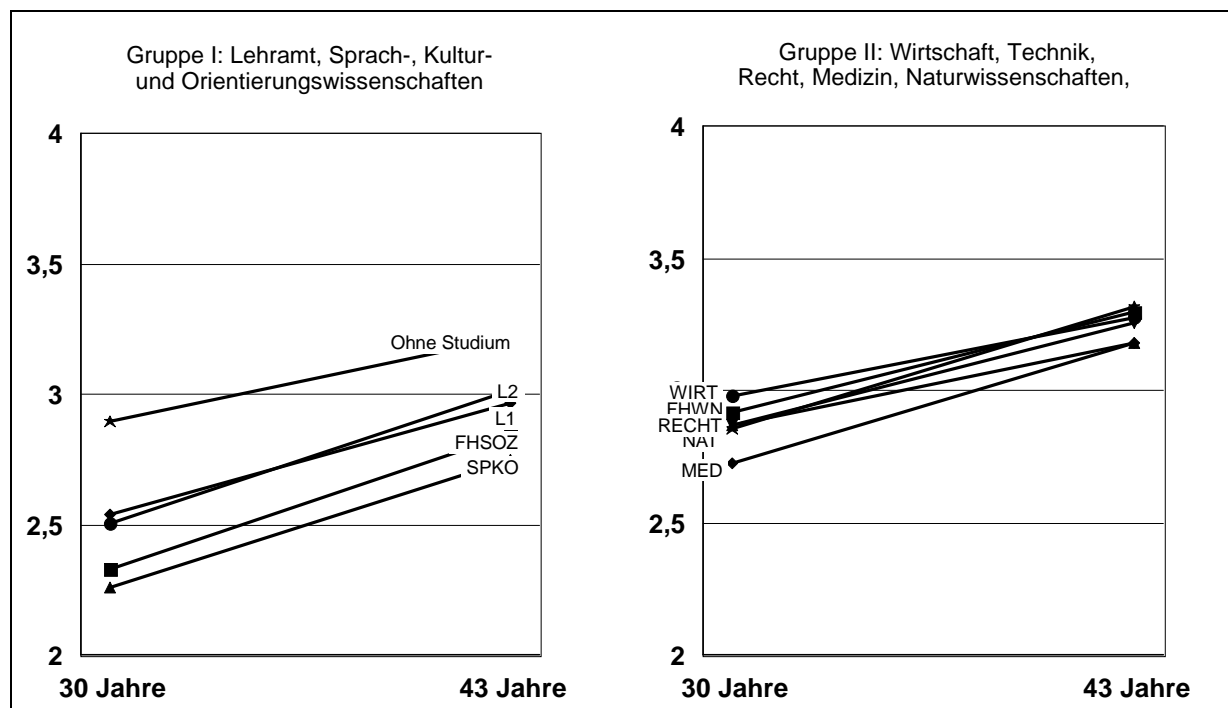
Erläuterungen: siehe Abb. 9

Auch bei dem inhaltlich eng mit dem Postmaterialismus-Index verwandten Summenindex Wertansprüche (Tabelle 10b) an die Politik (WA) zeigen sich die erwarteten Einflüsse der Fachkulturen. Wiederum liegen die Fächer der Gruppe I über den Fächern der Gruppe II. Wie schon beim Postmaterialismus bilden im Alter von 30 Jahren die Mediziner eine Ausnahme, da sie höhere Wertansprüche an die Politik stellen als die Befragten der anderen Fächer der Gruppe II, die ansonsten eng beieinander liegen.

Ganz überwiegend gehen Wertansprüche an die Politik zwischen dem 30. und dem 43. Lebensjahr zurück. Lediglich in Gruppe I, beim Lehramt Primarstufe und den Fachhochschulabsolven-

ten bleiben die Wertansprüche relativ stabil, ähnlich wie in der Kontrollgruppe ohne Studium. Wenn das beobachtete Absinken politischer Wertansprüche zwischen dem 30. und dem 43. Lebensjahr tatsächlich auf Erfahrungen im Berufsleben zurückzuführen ist, dann kann auch die Stabilität dieser drei Gruppen erklärt werden, denn ihnen ist gemeinsam, daß sie i.d.R. schon vor dem 30. Lebensjahr in das Berufsleben eingetreten sind. Auffällig ist auch hier wieder der starke Rückgang bei den Mediziner. Möglicherweise klafft eine besonders tiefe Kluft zwischen einer eher idealistisch geprägten medizinischen Studienfachkultur und der späteren ärztlichen Berufspraxis.

Abb. 10c Anerkennung politischer Sachzwänge (SZ) im 30. und 43. Lebensjahre in Studiengängen (Mittelwerte)



Abkürzungen: siehe Abb. 9

Unterschiedliche Fachkulturen drücken auch dem Ausmaß der Anerkennung politischer Sachzwänge ihren spezifischen Stempel auf. Sie werden im 30. Lebensjahr von Befragten, die einen der Studiengänge der Gruppe I absolviert haben, in geringerem Ausmaß als von Befragten der Gruppe II anerkannt. Innerhalb der Gruppe I klafft nochmals eine Lücke zwischen den stärker berufsorientierten Lehramtsstudiengängen (L1, L2) auf der einen Seite und den Fachhochschulstudiengängen mit sozialwissenschaftlicher Ausrichtung (FHSOZ) sowie den Sprach-, Kultur- und Orientierungswissenschaften auf der anderen Seite. Die Mediziner nehmen mit 30 Jahren in Gruppe II durch ihre relativ geringere Anerkennung von Sachzwängen in der Politik wiederum die oben diskutierte Sonderstellung ein.

Tendenziell nimmt die Anerkennung politischer Sachzwänge bei den Absolventen der verschiedenen Studiengänge in etwa dem gleichen Maße zu. Dies weist nochmals darauf hin, daß Erfahrungen, denen alle Befragten in ihrem Lebensverlauf gleichermaßen ausgesetzt sind, auf Wert Einstellungen wirken.

In Tabelle 11 wird der Anteil der durch das formale Bildungsniveau erklärten Varianz der drei Wertindikatoren der durch die Studiengänge mit ihren unterschiedlichen Fachkulturen erklärten Varianz gegenübergestellt.

Tabelle 11 Ausmaß der Prägung politischer Werte durch Bildungsniveau und Fachkultur in einer bildungsprivilegierten Stichprobe (Anteil erklärter Varianz)¹

Zielvariablen	Anteil erklärter Varianz durch			
	Bildungsniveau ² mit 30 Jahren	Studiengang ³	Bildungsniveau mit 43 Jahren	Studiengang
mit 30 Jahren				
PMAT	2,9	3,4		
WA	0,7	8,8		
SZ	3,3	10,8		
mit 43 Jahren				
PMAT	2,4	2,8	2,8	2,8
WA	0,6	8,7	0,9	8,9
SZ	1,1	9,1	0,9	8,6

¹ adjusted R²

² Bildungsabschlüsse aus Tabelle 7

³ Nur Befragte mit Studium, Verteilungen vgl. Tabelle 7.

PMAT: Postmaterialismus-Skala, WA: politische Wertansprüche, SZ: Anerkennung von Sachzwängen. Das Bildungsniveau und die Studiengänge werden in den Analysen jeweils durch einen Satz von Dummy-Variablen repräsentiert.

Allenfalls die Tatsache eines verlängerten Aufenthalts in Institutionen des Bildungsbildungswesen scheint einen geringen positiven Einfluß auf postmaterialistische Wertprioritäten zu besitzen. Absolut gesehen aber bestätigt sich, daß in einer bildungsprivilegierten Stichprobe ehemaliger Gymnasiasten das nach dem 10. Schuljahr erworbene formale Bildungsniveau nur noch geringen Einfluß auf alle drei Wertindikatoren besitzt. Zusammen mit der Tatsache, daß die Wertprioritäten ganz überwiegend postmaterialistisch ausgerichtet sind, stützt dies die Sozialisationshypothese Ingleharts, der annimmt, daß politische Wertprioritäten in Abhängigkeit vom Grad der erfahrenen formativen Sicherheit in einer frühen Lebensphase geprägt werden und in der Folge relativ stabil bleiben. Aber auch die unterhalb der Ebene der Wertprioritäten angesiedelten politischen Wertansprüche und deren handlungsbezogene Relativierung durch die Anerkennung politischer Sachzwänge wird kaum mehr durch das Bildungsniveau beeinflusst. Kurz gesagt, die Variable Bildung hat als Indikator für formative Sicherheit ihr Werk ganz überwiegend bereits mit dem Besuch eines Gymnasiums getan.

Die mit dem Inglehart-Index erhobenen postmaterialistische Wertprioritäten werden nach dem Besuch des Gymnasiums nur noch in relativ geringem Maße während des Studiums durch unterschiedliche Fachkulturen geprägt, obgleich auch ein Unterschied zwischen den Sprach-, Kultur- und Orientierungswissenschaften sowie den Lehramtsstudenten auf der einen Seite und vor allem den Wirtschaftswissenschaftlern, Technikern, Juristen auf der anderen Seite deutlich zu Tage tritt (vgl. Abb. 10a). Zugleich aber vollzieht sich während des Studiums unterhalb der Ebene der Wertprioritäten eine Differenzierung durch eine Prägung in unterschiedlichen Fachkulturen. Politische Wertansprüche und die Anerkennung von Sachzwängen im politischen Handeln werden deutlich besser als postmaterialistische Wertprioritäten durch die unterschiedlichen Studienfachkulturen erklärt. Dies weist wieder darauf hin, daß es auch nach der von Inglehart für die Entwicklung von Wertprioritäten zu Recht in der Jugend angesiedelten formativen Phase noch Einflüsse gibt, die die politischen Wertvorstellungen weiter zu differenzieren vermögen, ohne daß dies zugleich eine Preisgabe der Wertprioritäten bedeuten muß. Die Prägung durch verschiedene Studienfachkulturen ist sicherlich eine davon.

2.3 Der Einfluß beruflicher und privater Erfahrungen zwischen dem 30. und 43. Lebensjahr

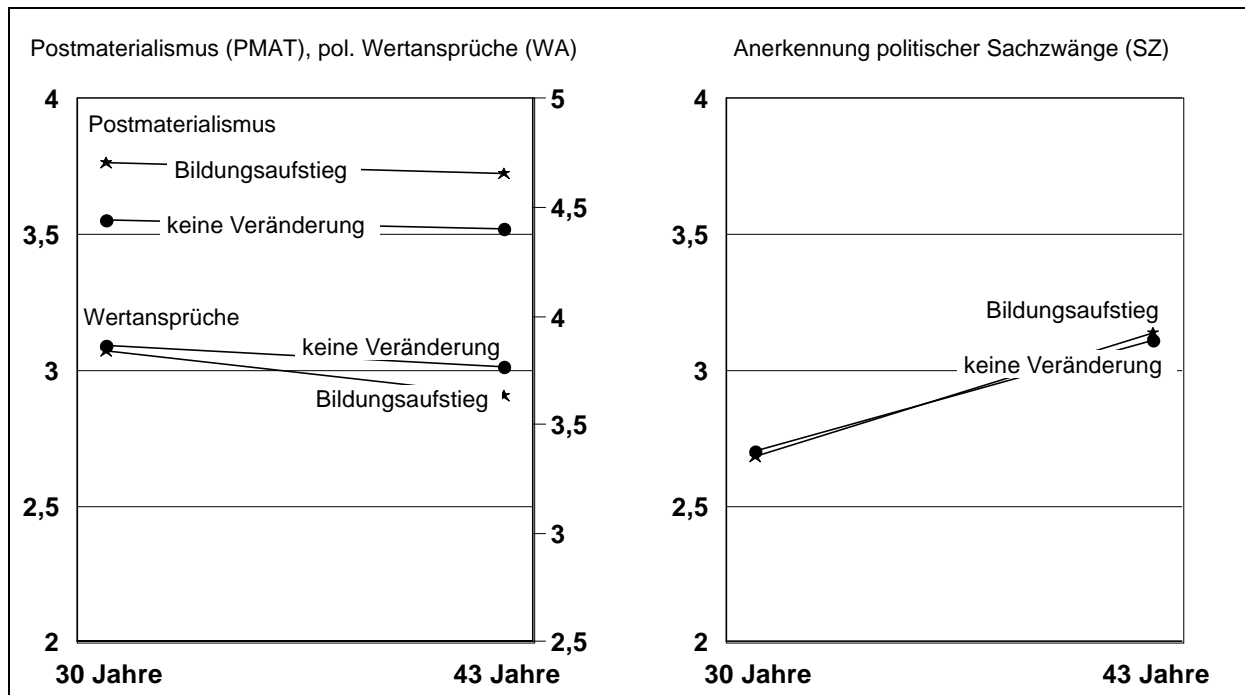
Anders als die Analysen des Einflusses des formalen Bildungsniveaus und der unterschiedlichen Studienfachkulturen beziehen sich die folgenden Untersuchungen auf Prozesse, die zwischen dem 30. und dem 43. Lebensjahr stattgefunden haben. Während bisher die politischen Werte im Alter von 30 Jahren erklärt wurden und die weiteren Entwicklungen zwar beschrieben wurden, aber zu deren Ursachen lediglich Hypothesen – etwa die vom Einfluß der Erfahrungen im Erwerbsleben – aufgestellt wurden, steht jetzt die Entwicklung bis zum 43. Lebensjahr – und damit die Überprüfung der Hypothese vom Einfluß beruflicher und privater Erfahrungen zwischen dem 30. und 43. Lebensjahr – im Blickpunkt des Interesses. Veränderungen sollen durch neue Erfahrungen im Lebensverlauf erklärt werden. Da die Werte im 30. Lebensjahr nicht unmittelbar mittels der hier betrachteten Einflußfaktoren erklärt werden können, können dabei eventuelle Differenzen zu Beginn des Beobachtungszeitraumes lediglich durch bestimmte Zusatzannahmen über die Zusammensetzung der Gruppen mit unterschiedlichen Wertstrukturen erklärt werden.

2.3.1 Bildungsaufstieg nach dem 30. Lebensjahr

Trotz des bei ehemaligen Gymnasiasten relativ geringen Einflusses des formalen Bildungsniveaus auf politische Einstellungen, soll zunächst ein kurzer Blick auf den Einfluß von Bildungsaufstiegen auf politische Werte nach dem 30. Lebensjahr geworfen werden. Dies erscheint gerechtfertigt.

tigt, da bis zum 30. Lebensjahr der überwiegende Teil der Befragten ihre Ausbildungskarriere längst beendet hat.

Abbildung 12 *Bildungsaufstieg nach dem 30. Lebensjahr und Postmaterialismus, politische Wertansprüche, Anerkennung politischer Sachzwänge (Mittelwerte)*



Verteilungen: Bildungsaufstieg: n=156, keine Veränderung: n= 1440.

Skalen: Postmaterialismus: 1-5, Wertansprüche/Sachzwänge 1-4, dargestellt wird jeweils die obere Hälfte des Wertebereichs.

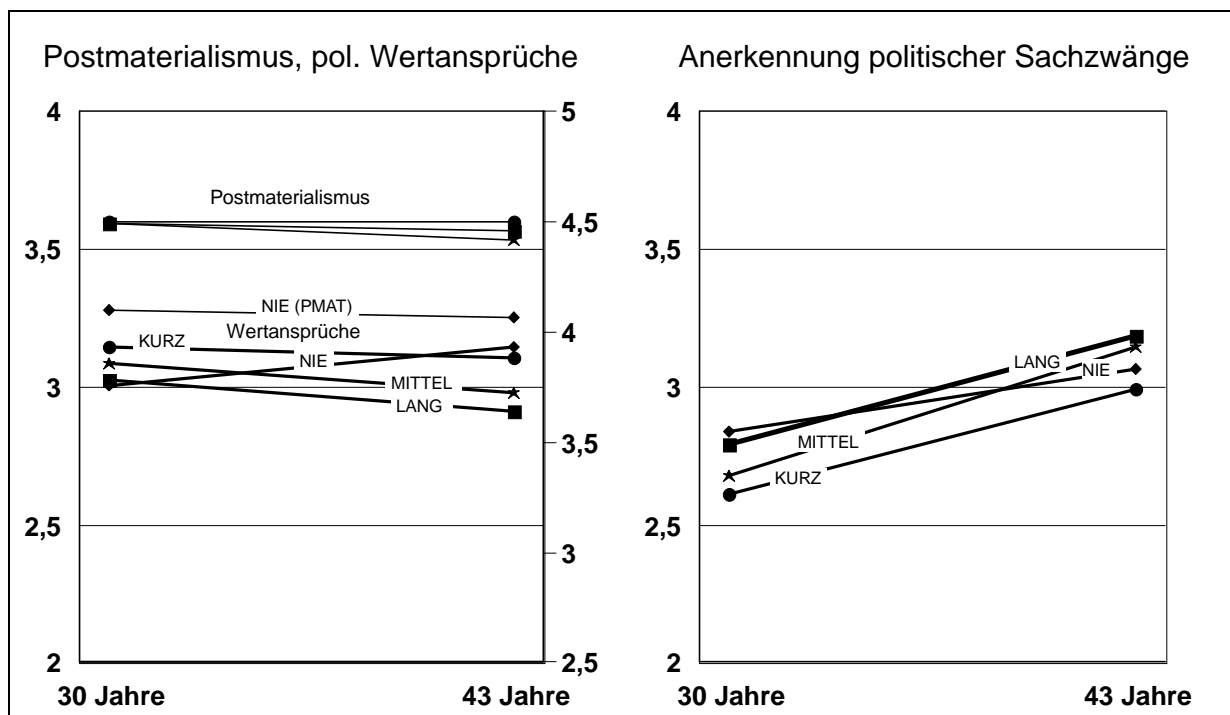
Die Frage, ob ein Bildungsaufstieg nach dem 30. Lebensjahr die Entwicklung politischer Werte beeinflusst, kann verneint werden. Die Entwicklung zwischen dem 30. und dem 43. verläuft bei allen drei Variablen zwischen den beiden Gruppen weitgehend gleich. Die Richtung der Veränderung entspricht überall den Beobachtungen in der Gesamtgruppe. Erklärungsbedürftig ist lediglich die Differenz von postmaterialistischen Wertprioritäten zwischen den Gruppen zu Beginn des Beobachtungszeitraumes. Die dürfte zumindest zum Teil darauf zurückzuführen sein, daß es sich bei den Bildungsaufsteigern zu einem großen Teil um Langzeit- und Promotionstudenten handelt, die erst jenseits des 30. Lebensjahres den ersten Hochschulabschluß erreichen bzw. promovieren (vgl. Tabelle 7), während zur Kontrollgruppe auch Befragte ohne Studium zählen, deren Wertprioritäten weniger postmaterialistisch ausgerichtet sind (vgl. Abb. 8).

2.3.2 *Erfahrungen im Erwerbsleben zwischen dem 30. und 43. Lebensjahr*

Bereits mehrfach war oben vermutet worden, daß die gemeinsam geteilten Erfahrungen im Beruf und am Arbeitsmarkt die beschriebenen Entwicklungen sinkender Wertansprüche und steigender

Anerkennung politischer Sachzwänge zwischen dem 30. und dem 43. Lebensjahr bewirken. Um zu überprüfen, ob Erfahrungen im Erwerbsleben die Wertstruktur zu ändern vermögen, wird in der folgenden Abbildung die Entwicklung postmaterialistischer Wertprioritäten, politischer Wertansprüche und der Anerkennung politischer Sachzwänge in vier Gruppen, die durch ein unterschiedliches Ausmaß an Erwerbserfahrungen geprägt ist, verglichen. Operationalisiert wird die Erwerbserfahrung durch die Dauer der Erwerbsbeteiligung in Monaten seit dem Zeitpunkt der ersten Wiederbefragung, die entlang des ersten und dritten Quartils in drei Gruppen (KURZ: 1-124 Monate, MITTEL: 125-149 Monate und LANG: 150-169 Monate) unterteilt wird. Eine vierte Gruppe bilden die Befragten, die zwischen dem 30. und dem 43. Lebensjahr nie erwerbstätig waren (NIE).

Abbildung 13 Erwerbsbeteiligung nach dem 30. Lebensjahr und Postmaterialismus, politische Wertansprüche, Anerkennung politischer Sachzwänge (Mittelwerte)



Verteilungen: NIE: n=87, KURZ: n=381, MITTEL: n=747, LANG: n=381.

Skalen: Postmaterialismus: 1-5, Wertansprüche/Sachzwänge 1-4, dargestellt wird jeweils die obere Hälfte des Wertebereichs.

Beim Postmaterialismus ist in keiner der vier Subgruppen eine nennenswerte Entwicklung zu berichten. Auffällig ist lediglich, daß Befragte, die während des gesamten Zeitraumes nicht erwerbstätig waren, deutlich weniger postmaterialistische Wertprioritäten haben. Es handelt sich dabei um eine Gruppe von 87 Befragten, die zu fast 90% aus Frauen besteht. Möglicherweise hat für Hausfrauen, die tagtäglich mit dem Einkauf für die Familie befaßt sind, das materialistische Item „Kampf gegen steigende Preise“ wegen seinem unmittelbaren Bezug zur alltäglichen Le-

benswelt ein besonderes Gewicht. Hinzu mag kommen, daß in dieser Gruppe lediglich 25 Prozent einen Hochschulabschluß erreicht haben, während es in der Gesamtgruppe etwa 65 Prozent sind.

Die Interpretation der weniger postmaterialistisch ausgerichteten Wertprioritäten der Gruppe ohne Erwerbstätigkeit zwischen dem 30. und 43. Lebensjahr als durch die Itemwahl verursachten „Hausfraueneffekt“ bekommt zusätzliches Gewicht, wenn man die beiden Summenindizes WA und SZ, die ja kein Item zur Preisstabilität enthalten, betrachtet. Bei den eng mit dem Postmaterialismus verwandten Wertansprüchen gibt es im Alter von 30 Jahren nur geringe Unterschiede zwischen allen vier Gruppen, aber entgegen dem allgemeinen Trend steigen sie bis zum 43. Lebensjahr bei den Befragten ohne Erwerbstätigkeit bis auf den ersten Rang. Die Anerkennung von Sachzwängen ist im Alter von 30 Jahren in dieser Gruppe zwar noch am höchsten, aber sie steigt bis zum 43. Lebensjahr in wesentlich geringerem Umfang als dies bei den Erwerbstätigen zu beobachten ist, so daß diese Gruppe im 43. Lebensjahr nur noch den dritten Rang einnimmt.

In den Gruppen mit kurzer, mittlerer und langer Erwerbstätigkeit gehen politische Wertansprüche zwischen dem 30. und dem 43. Lebensjahr zurück. Die Entwicklung verläuft bei den Befragten mit mittlerer und langer Erwerbsdauer parallel, während sich in der Gruppe mit einer kurzen Erwerbsdauer die Wertansprüche in geringerem Umfang reduzieren. Zu beiden Zeitpunkten sinkt mit der Dauer der Erwerbsbeteiligung das Ausmaß politischer Wertansprüche. Da sich die Dauer der Erwerbsbeteiligung nur auf den Zeitraum nach 1984 bezieht, entspricht die Rangfolge 1997 der Gruppen nach Höhe ihrer Wertansprüche der durch die Erfahrungshypothese vorhergesagten Ordnung. Diese Ordnung besteht schon 1984. Die Ursache kann wiederum die Dauer der Erwerbstätigkeit sein – hier allerdings die Erwerbstätigkeit zwischen dem 16. und dem 30. Lebensjahr. Die durchschnittliche Erwerbsbeteiligung vor 1984 liegt in der Gruppe ohne Erwerbstätigkeit nach diesem Zeitpunkt bei knapp 41 Monaten, in der Gruppe mit kurzer Erwerbstätigkeit bei knapp 46 Monaten, in der Gruppe mit mittlerer Erwerbsdauer bei knapp 57 Monaten und in der Gruppe mit langer Erwerbsdauer bei 63 Monaten, so daß die Hypothese eines Einflusses der im Erwerbsleben gemachten Erfahrungen auf politische Werte auch die Differenzen zu Beginn des Beobachtungszeitraumes erklären kann.

Bei der Anerkennung von Sachzwängen finden wir in den drei nach Dauer der Erwerbstätigkeit gestaffelten Gruppen ebenfalls eine Entwicklung, die mit der Erfahrungshypothese in Einklang steht. Erstens steigt die Anerkennung von politischen Sachzwängen zu beiden Zeitpunkten mit der Dauer der Erwerbsbeteiligung. Zweitens konvergieren die Gruppen mit mittlerer und langer

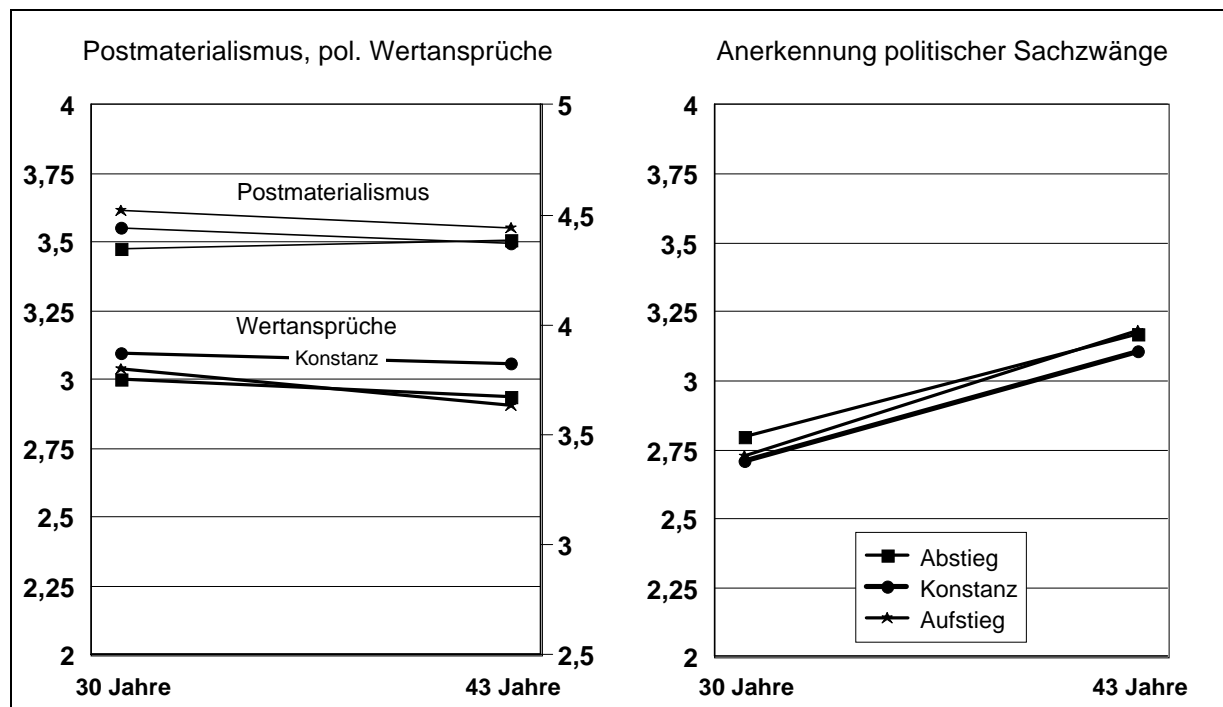
Erwerbsbeteiligung bis zum 43. Lebensjahr, während bei der Gruppe mit kurzer Erwerbsdauer der Abstand unverändert bleibt.

Insgesamt kann die Hypothese eines Zusammenhangs zwischen der in unserer Stichprobe beobachtenden Tendenzen abnehmender Wertansprüche und steigender Anerkennung politischer Sachzwängen mit den nach Abschluß von Ausbildung und Studium im Erwerbsleben erworbenen Erfahrungen bestätigt werden. Dagegen werden die durch den Inglehart-Index erfaßten Wertprioritäten nicht verändert. Die Veränderungen, die oben unter dem Schlagwort des Wandels vom naiven zum realistischen Postmaterialisten zusammengefaßt wurden, werden offensichtlich durch spezifische Erfahrungen, die nur das Erwerbsleben, aber nicht das Bildungswesen vermittelt, gefördert.

2.3.3 *Karriereverlauf*

Berufliche Auf- und Abstiege gehören zu dem individuellen Erfahrungshintergrund, der die beobachtete Entwicklung zum realistischen Postmaterialisten beeinflussen kann. Möglicherweise haben Personen, die beruflich aufsteigen, in ihrem Berufsleben häufiger die Erfahrung gemacht, daß allzu hohe Wertansprüche auf diesem Weg eher hinderlich sein können, während die Anerkennung von Sachzwängen als eine Voraussetzung erkannt wird, Ziele zu erreichen. Personen, die einen beruflichen Abstieg erlebt haben, haben diese Lektionen möglicherweise auf schmerzhafterem Werte lernen müssen. Zur Operationalisierung von Auf- und Abstiegen werden die jeweils letzten Magnitude-Prestigewerte (Wegener 1985, 1988) der Berufstätigkeiten der ersten und zweiten Wiederbefragung verglichen.

Abbildung 14 Berufliche Auf- und Abstiege nach dem 30. Lebensjahr und Postmaterialismus, politische Wertansprüche, Anerkennung politischer Sachzwänge (Mittelwerte)



Nur Befragte, die im Zeitraum der ersten und der zweiten Wiederbefragung jeweils mindestens einmal erwerbstätig waren.

Verteilungen: Absteiger: n=251 (Mittelwerte Prestige 1985: 101,5; 1997: 76,5); Konstante: n=796 (Mittelwert Prestige 1985/97: 97,1); Aufsteiger: n=328 (Mittelwert Prestige 1985: 77,8,5; 1997: 112,7).

Skalen: Postmaterialismus:1-5, Wertansprüche/Sachzwänge 1-4, dargestellt wird jeweils die obere Hälfte des Wertebereichs.

Die beobachteten Unterschiede sind bei allen drei Variablen nur sehr gering. Bei den Wertansprüchen fällt auf, daß Befragten, deren Berufskarriere weder einen Auf- noch einen Abstieg aufweist, zu beiden Zeitpunkten offenbar höhere politische Wertansprüche stellen als Auf- oder Absteiger. Hinzu kommt, daß der Rückgang der Wertansprüche in dieser Gruppe geringer ausfällt, als in den beiden anderen Gruppen. Beinahe spiegelbildlich verhält sich dazu, daß Sachzwänge in geringerem Maße anerkannt werden. Auch wenn die Differenzen nur gering sind, kann beides zusammen ein Hinweis darauf sein, daß die Erfahrung beruflicher Turbulenzen, die Entwicklung vom naiven zum realistischen Postmaterialisten beschleunigen kann.

2.3.4 Wechsel zwischen Berufskulturen

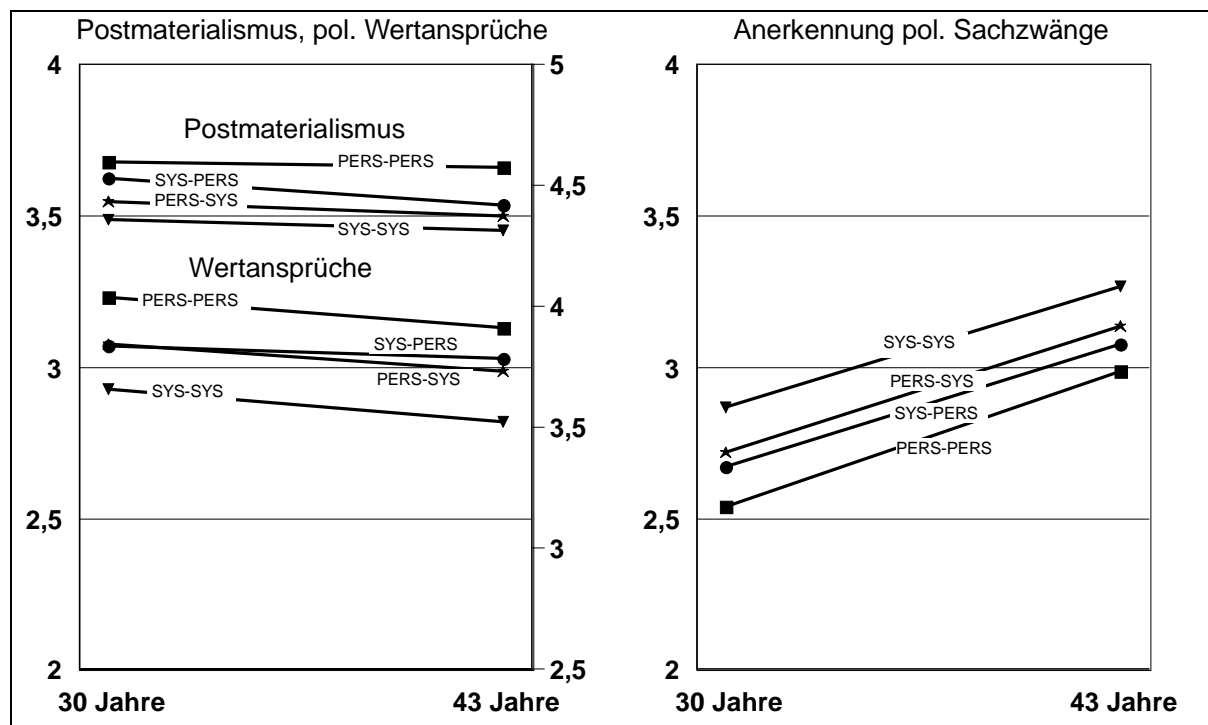
In Abschnitt 2.2.3 konnte gezeigt werden, daß unterschiedliche Studienfachkulturen politische Werteinstellungen beeinflussen. Studienfächer lassen sich nach ihrem Gegenstandsbereich in eine stärker auf das Verständnis von Menschen, Kulturen und sozialen Beziehungen und in eine vor allem auf die Beherrschung sozialer, technischer und natürlicher Systeme ausgerichtete Fächergruppe unterscheiden. Nach diesem Schema lassen sich auch Berufsgruppen nach dem Objekt

der Tätigkeit unterscheiden. Auf der einen Seite finden sich Berufe, die primär auf die Beziehung zu anderen Individuen ausgerichtet sind (PERS), und auf der anderen Seite Berufe, die vor allem den Umgang mit sozialen, technischen und natürlichen Systemen und deren Steuerung zum Gegenstand haben (SYS). Zur ersten Gruppe gehören nach unserer Klassifikation u.a. Lehrer, Geistliche, Künstler, aber auch die Angehörigen von personenbezogenen Dienstleistungsberufen. Die zweite Gruppe umfaßt z.B. Geschäftsführer, weil sie mit der Leitung von sozialen Systemen befaßt sind, oder Ingenieure, Techniker und Handwerker, weil sie sich mit technischen Systemen beschäftigen, und Naturwissenschaftler, wegen ihrer Beschäftigung mit natürlichen Systemen.⁵ Klassifiziert wurde jeweils der letzte Beruf, der in der ersten und zweiten Wiederbefragung genannt wurde. Bei Befragten, die im Zeitraum der ersten Wiederbefragung ihr Studium noch nicht beendet haben, wurde für den ersten Zeitpunkt die entsprechende Klassifikation des Studiengangs (vgl. Abb. 9) eingesetzt. Personen, die während des Beobachtungszeitraums der zweiten Wiederbefragung nie erwerbstätig waren, werden aus den Analysen ausgeschlossen.

Die Voraussagen für den Einfluß der unterschiedlichen Berufskulturen auf die politischen Werte entsprechen den bei den Studiengängen erwarteten und beobachteten Einflüssen. Es werden bestenfalls geringe Einflüsse auf die mit dem Postmaterialismus-Index erhobenen Wertprioritäten und etwas stärkere Einflüsse auf die politischen Wertansprüche erwartet. Der technische Umgang mit komplexen Systemen sollte eher die quantifizierten Wertansprüche als die postmaterialistischen Wertprioritäten senken. Zugleich wird er die Anerkennung von Sachzwängen verstärken. Wenn tatsächlich eine Prägung politischer Werte durch die Berufskultur erfolgt, dann müßte ein Wechsel zwischen den beiden Berufskulturen auch eine entsprechende Veränderung der Wertstruktur nach sich ziehen (vgl. Abbildung 6).

⁵ Die vollständige Klassifikation der ISCO-Kodes in die beiden genannten Gruppen ist bei den Autoren erhältlich.

Abbildung 15 Der Wechsel zwischen Berufskulturen nach dem 30. Lebensjahr und Postmaterialismus, politische Wertansprüche, Anerkennung politischer Sachzwänge (Mittelwerte)



Verteilungen: SYS-SYS: 37.6%, SYS-PERS: 5.0%, PERS-SYS: 14.2%, PERS-PERS: 43.2% (n=1487).

Skalen: Postmaterialismus: 1-5, Wertansprüche/Sachzwänge 1-4, dargestellt wird jeweils die obere Hälfte des Wertebereichs.

Bei den beiden Gruppe ohne einen Wechsel der Berufskultur zwischen dem 30. und dem 43. Lebensjahr werden die Voraussagen vollauf bestätigt: Wer beruflich vor allem mit sozialen, technischen und natürlichen System befaßt ist (SYS), der stellt zu beiden Zeitpunkten geringere politische Wertansprüche und erkennt politische Sachzwänge in stärkerem Maße an, als Befragte, deren Berufsfelder überwiegend durch die Interaktion mit anderen Individuen geprägt sind (PERS). Die Entwicklung der Wertstruktur verläuft zwischen dem 30. und 43. Lebensjahr bei beiden Gruppen parallel, was darauf hinweist, daß die wesentliche Prägung durch die Berufskultur bereits vorher erfolgt ist. Der bei beiden Gruppen gleichermaßen beobachtete Anstieg der Anerkennung politischer Sachzwänge bei zugleich reduzierten politischen Wertansprüchen weist wiederum auf gemeinsame Erfahrungen beider Gruppen hin – die wohl vor allem in der Teilhabe am Erwerbsleben allgemein zu suchen sind (vgl. Abb. 13).

Die Wechsler zwischen den beiden Berufskulturen liegen bei allen drei Variablen jeweils zwischen den beiden Extremen. Dies ist ein Ergebnis, das man für den Zeitpunkt nach dem Wechsel erwarten kann, denn die Befragten werden im Beobachtungszeitraum durch beide Kulturen geprägt. Den Erwartungen entspricht auch, daß die Berufskultur, in die die Befragten gewechselt

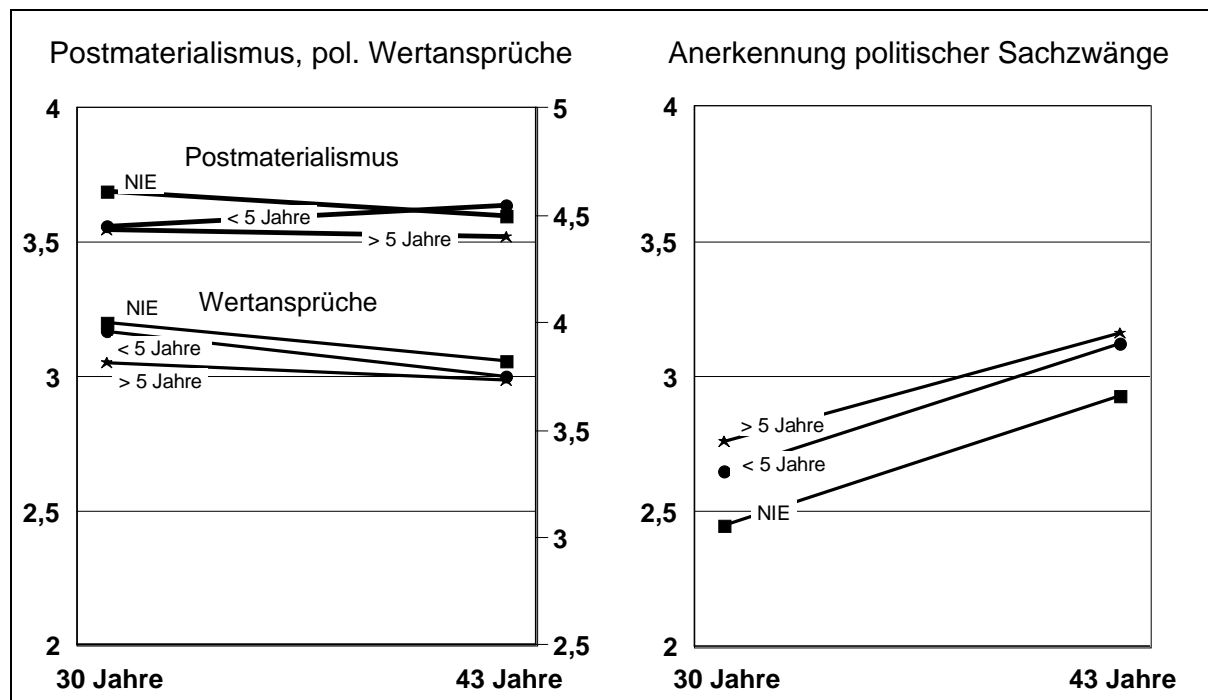
haben, bei den 43jährigen dominiert. Befragte, die aus einem durch personale Beziehungen geprägten Berufsfeld in ein Berufsfeld, in dem die Handhabung und Steuerung von System im Vordergrund steht, wechseln, stellen am Ende des Beobachtungszeitraumes geringere Wertansprüche und erkennen politische Sachzwänge in stärkerem Maße an, als dies bei Personen mit einem Wechsel in umgekehrter Richtung der Fall ist.

Nur schwer verständlich ist allerdings die Tatsache, daß bei den Wechslern die berufliche Kultur zu Beginn des Beobachtungszeitraumes weniger prägend ist als bei den Befragten, die zwischen dem 30. und dem 43. Lebensjahr nicht zwischen den beiden Kulturen wechseln. Die Ursache dafür muß in der Person gesucht werden. Hier kann darüber nur spekuliert werden, aber möglicherweise handelt es sich um Personen, die gewechselt haben, weil das Berufsfeld mit seiner spezifischen Kultur ihren Ansprüchen nicht entsprochen hat. Eine solche Interpretation impliziert, daß nicht nur bestimmte Berufskulturen die politische Wertstruktur prägen, sondern auch, daß Personen mit bestimmten Wertstrukturen eher in bestimmte Berufsgruppen streben. Auch wenn – wie vor allem am Beispiel der Erwerbsdauer gezeigt werden konnte – Erfahrungen die individuelle Wertstruktur im Lebensverlauf beeinflussen können, so zeigt sich an dieser Stelle doch auch die Kontinuität und Stabilität von Werten als Grundlage individueller Entscheidungen.

2.3.5 Ehedauer zwischen dem 30. und 43. Lebensjahr

Inwieweit spezifische Erfahrungen in einem ganz anderen als dem beruflichen Lebensbereich auch die Wertstrukturen zu prägen vermögen, soll mit dem Einfluß der Ehedauer untersucht werden. In einer Ehe müssen die Partner Kompromißbereitschaft erlernen. Dies gilt sowohl für der Versuch, zwei verschiedene Lebenspläne zu integrieren, als auch für die kleinen Dingen des Alltags. Die Erfahrungen in einer Ehe sollten daher Wertansprüche senken und die Anerkennung von Sachzwängen verstärken. Die Wertprioritäten werden sich dagegen durch das Zusammenleben mit dem Ehepartner nicht ändern, denn gemeinsame Wertprioritäten sind sicher auch ein Faktor der Partnerwahl. Operationalisiert wurde die Eheerfahrung durch die in Monaten erhobene Dauer der Ehe zwischen dem 30. und 43. Lebensjahr. Für die Darstellung wurden 3 Gruppen gebildet: im Beobachtungszeitraum (0: NIE) nie verheiratet, (1) bis zu 5 Jahren und (2) länger als 5 Jahre.

Abbildung 16 *Ehedauer und Postmaterialismus, politische Wertansprüche, Anerkennung politischer Sachzwänge (Mittelwerte)*



Verteilungen: NIE: n=270, Weniger als 5 Jahre: n= 110, Über 5 Jahre: n= 1216.

Skalen: Postmaterialismus: 1-5, Wertansprüche/Sachzwänge 1-4, dargestellt wird jeweils die obere Hälfte des Wertebereichs.

Erwartungsgemäß sind keine systematischen Zusammenhänge der Ehedauer mit politischen Wertprioritäten sichtbar. Die Befragten, die zwischen dem 30. und dem 43. Lebensjahr nicht heiraten oder kürzer als 5 Jahre verheiratet sind, erheben mit 30 Jahren die höchsten und die Personen, die in diesem Zeitraum am längsten verheiratet sind, die niedrigsten politischen Wertansprüche. Bis zum Alter von 43 Jahren sind die politischen Wertansprüche der Befragten mit maximal 5 Jahren Eheerfahrung dann stärker gesunken, als dies bei den Unverheirateten der Fall ist. Das entspricht genau der von der Hypothese vorausgesagten Entwicklung. Eine Sonderstellung nehmen die Befragten ein, die schon länger verheiratet sind. Sie haben bereits mit 30 Jahren deutlich niedrigere Wertvorstellungen als die beiden anderen Gruppen, die in der Folge aber nicht mehr überproportional sinken, so wie es der Hypothese entsprechen würde. Es besteht offenbar ein Zusammenhang zwischen einer vergleichsweise frühen Eheschließung und relativ niedrigen politischen Wertansprüche.⁶

Diese Überlegung kann mit unseren Daten direkt überprüft werden: Sowohl 1984 als auch 1997 wurde gefragt: „Meinen Sie, daß man heiraten sollte, wenn man mit einem Partner auf Dauer

zusammenlebt?“ Die folgende Tabelle gibt einen Überblick über die Zusammenhänge der Einstellung zur Heirat mit politischen Werten. Wie die negativen Koeffizienten ausweisen, haben Postmaterialisten, vor allem wenn sie politische Wertansprüche auch quantitativ hoch bewerten, tatsächlich eine weniger positiv geprägte Einstellung zur Ehe als Institution, die ihrerseits wiederum die Heiratsneigung senken sollte.

Abbildung 17 Zusammenhänge zwischen politischen Werten und der Einstellung zur Ehe (Korrelationen)

		Positive Einstellung zur Ehe	
		mit 30 Jahren	mit 43 Jahren
Postmaterialismus:	mit 30 Jahren	-,17	
	mit 43 Jahren		-,18
Pol. Wertansprüche:	mit 30 Jahren	-,23	
	mit 43 Jahren		-,16
Anerkennung pol. Sachzwänge:	mit 30 Jahren	,28	
	mit 43 Jahren		,19

Frageformulierung für die Erhebung der Einstellung zur Ehe war: „Meinen Sie, daß man heiraten sollte, wenn man mit einem Partner auf Dauer zusammenlebt?“. Die Antwortkategorien waren: ja (1), nein (-1) und unentschieden/weiß nicht (0). Die Zahlen in Klammern geben die Kodierung für die Analyse wieder.

Durch einen Zusammenhang zwischen politischen Werten und den Einstellungen zur Ehe sind auch die im Alter von 30 Jahren beobachteten Differenzen bei den Sachzwängen zu erklären. Die Anerkennung politischer Sachzwänge und eine positive Einstellung zur Institution Ehe korreliert im 30. Lebensjahr recht hoch mit $r = ,28$. Auch wenn dies in diesem Rahmen nicht eingehend untersucht werden kann, bleibt doch darauf hinzuweisen, daß – läßt man den ohnehin relativ schwachen Zusammenhang zwischen den im subkulturellen Milieu unserer Stichprobe beinahe selbstverständlichen postmaterialistischen Wertprioritäten und der Einstellung zur Ehe außer acht – der Zusammenhang zwischen politischen Werten und der Einstellung zur Ehe bis zum 43. Lebensjahr deutlich sinkt. Offensichtlich wird das Private im Lebensverlauf unserer Stichprobe mehr und mehr aus dem Bereich politisch-ideologischer Selbstbindung ausgeklammert. Auch dies ist natürlich ein Hinweis auf die vermutete Wandlung vom naiven zum realistischen Postmaterialisten, dessen Handlungen eher durch Zweckrationalität als durch Wertrationalität geprägt wird, ohne daß die Werte aufgegeben werden.

Bei insgesamt steigender Anerkennung politischer Sachzwänge bis zum 43. Lebensjahr konvergieren die der beiden Gruppen, die in diesem Zeitraum heiraten, während sich der Abstand bei-

⁶ Zur Kontrolle wurden die Mittelwerte auch in der Subpopulation, die erst nach dem 30. Lebensjahr geheiratet hat, gerechnet. Dadurch reduzieren sich die Mittelwertdifferenzen zu Beginn des Beobachtungszeitraumes allerdings kaum.

der zu der Gruppe, die unverheiratet bleibt, vergrößert. Wenn tatsächlich in der Ehe erworbene Erfahrungen der Erfahrungen der Nützlichkeit von Kompromissen auf das politische Handeln übertragen werden, dann korrelieren diese Erfahrungen offenbar nicht notwendigerweise mit der Dauer der Ehe. Die grundlegende Bereitschaft zum Kompromiß ist umgekehrt vielmehr schon eine Voraussetzung für das Eingehen einer Partnerschaft, deren Langfristigkeit durch das Standesamt besiegelt wird.

2.4 Resümee

Überschaut man die präsentierten Analysen, dann lohnen einige zentrale Ergebnisse festgehalten zu werden.

Die Sozialisationshypothese und die Stabilität postmaterialistischer Wertprioritäten: Die von Inglehart formulierte Sozialisationshypothese, nach der Werte im Verlauf der Sozialisation geprägt werden und im weiteren Lebensverlauf relativ stabil bleiben, kann im Bezug auf Wertprioritäten uneingeschränkt aufrecht erhalten werden. Sowohl auf Aggregatebene als auch auf Individualebene ist die Persistenz postmaterialistischer Wertprioritäten in unserer Stichprobe offensichtlich. Sie ist auch erhebungstechnisch begründet: Die Dominanz postmaterialistischer Wertprioritäten ist in unserer Stichprobe derart stark ausgeprägt, daß auch bei einer leichten Reduzierung die Schwelle zu einer weniger postmaterialistischen Stufe der Skala noch nicht überschritten wird. Die Stabilität postmaterialistischer Wertprioritäten zwischen dem 30. und dem 43. Lebensjahr bleibt in der bivariaten Aggregatanalyse des zweiten Kapitels erhalten, wo auch in einzelnen Gruppen keine nennenswerten Entwicklungen zu verzeichnen sind. Darüber hinaus fällt die große Homogenität unserer Stichprobe ehemaliger Gymnasiasten im Bezug auf Wertprioritäten auf. Der Besuch eines Gymnasiums ist in den 60er Jahren, also noch vor der Bildungsexpansion der 70er Jahre, ein Indikator formativer Sicherheit im Sinne Ingleharts und prägt Wertprioritäten deutlich stärker als die weiteren, darauf aufbauenden Bildungserfolge und andere im zweiten Kapitel untersuchte Einflußfaktoren.

Wertstrukturen als Element bestimmter Milieus: Bei der Betrachtung der Zusammenhänge zwischen Studien- und Berufskulturen und der Wertstruktur konnte gezeigt werden, daß unterschiedliche Wertprioritäten zu den Elementen zählen, mit deren Hilfe verschiedene Milieus voneinander abgegrenzt werden können. So konnte anhand der Studiengänge gezeigt werden, daß in Studienfächern, die auf das Verständnis von Menschen, Kulturen und sozialen Beziehungen ausgerichtet sind, postmaterialistische Werte stärker dominieren, als in Studienfächern, die auf die Beherrschung von sozialen, technischen und natürlichen Systemen ausgerichtet sind. In ähnlicher Weise kann zwischen zwei verschiedenen Berufskulturen unterschieden werden. Hier allerdings wurde

deutlich, daß es nicht allein die Prägung durch eine bestimmte Kultur ist, die die individuelle Wertstruktur beeinflusst, sondern daß Individuen mit bestimmten Wertstrukturen gezielt den Weg in bestimmte Berufsgruppen suchen. Ein Modell, das diesen Zusammenhang erklären will, muß wesentlich anspruchsvoller und komplizierter sein als ein schlichtes Modell, bei dem die Mikroebene der individuellen Wertstruktur durch Faktoren der Makroebene – hier durch verschiedene Studienfach- und/oder Berufskulturen – geprägt wird, weil es zugleich berücksichtigen muß, wie das Milieu durch seine Akteure geprägt wird.

Wandel vom naiven zum realistischen Postmaterialisten. Wenn Akteure sich bei der Wahl ihrer Ziele entscheiden, also Prioritäten bilden müssen, dann werden konkurrierende Ziele systematisch ausgeblendet, wenn sie nur geringfügig niedriger bewertet werden. Das ist bei der Inglehart-Skala so gewollt und muß auch so sein, wenn man den Wandel von Wertprioritäten von einer Generation zur nächsten beschreiben will. Aber postmaterialistische und materialistische Ziele schließen einander nicht aus, sondern bauen aufeinander auf. Das ist beileibe kein Widerspruch zur Theorie Ingleharts, die auf der Annahme einer Hierarchie von Bedürfnissen basiert. Danach wenden sich Menschen erst dann postmaterialistischen Werten zu, wenn ihnen die Befriedigung materieller Bedürfnisse hinreichend gesichert erscheint. Die Analysen haben nun gezeigt, daß die Wertprioritäten unserer Stichprobe unserer zumindest im Aggregat materiell abgesicherten Stichprobe im Lebensverlauf stabil postmaterialistisch orientiert bleiben. Zugleich aber gewinnen unterhalb dieser Ebene materialistische Werte an Gewicht – und zwar in deutlich stärkerem Ausmaß als postmaterialistische Wertansprüche an Gewicht verlieren. Wie in der Theorie der Hierarchie der Bedürfnisse postuliert, ist die Befriedigung materialistischer Sicherheitsbedürfnisse eine Voraussetzung, auf deren Basis erst postmaterialistische Bedürfnisse entwickelt und befriedigt werden können. Während der Ausbildung werden die Bedürfnisse des Sockels der Bedürfnispyramide i.d.R. noch nicht oder nur zum Teil durch den Akteur selber, sondern überwiegend durch die Eltern oder durch den Staat befriedigt. Es ist daher noch einfach, postmaterialistische Wertansprüche zu formulieren, ohne zugleich bestimmte materielle Sachzwänge anzuerkennen, die eine Voraussetzung zu ihrer Befriedigung darstellen. Wie anhand des Einflusses der Dauer der Erwerbstätigkeit auf die Wertstruktur gezeigt werden konnte, gewinnt die Anerkennung von politischen Sachzwängen in dem Maße an Boden, in dem das Individuum in einer komplexen Umwelt eigenständig die materielle Basis der Erfüllung seiner postmateriellen Wertansprüche – die dabei auch leicht zurückgeschraubt werden – legen muß. Ohne seine Wertprioritäten aufgeben zu müssen, wandelt es sich dabei vom naiven zum realistischen Postmaterialisten, der weiß, daß materielle Sicherheit die Voraussetzung postmaterialistischer Wertansprüche ist.

Literatur

- Abendroth, Wolfgang, 1965: Der demokratische und soziale Rechtsstaat als sozialer Auftrag. in Wolfgang Abendroth (Hrsg.): Wirtschaft, Gesellschaft und Demokratie in Deutschland. Frankfurt: Stimme Verlag, 7-30.
- Alwin, Duane F. / Cohen, Ronald L. / Newcomb, Theodore M., 1991: Political Attitudes over the Life Span. The Bennington Women after Fifty Years. Madison, Wisconsin: The University of Wisconsin Press.
- Alwin, Duane F. / Jackson, Donald J., 1979: Measurement Models for Response Errors in Surveys: Issues and Applications, in: Karl F. Schuessler (Hrsg.), Sociological Methodology 1980. San Francisco : Jossey Bass, 68-119.
- Alwin, Duane F. / Krosnick, Jon A., 1991: Aging, Cohorts, and the Stability of Sociopolitical Orientations over the Life span. American Journal of Sociology 97: 169-195.
- Amthauer, Rudolf, 1953: Intelligenz-Struktur-Test. 2., erweiterte Auflage. Göttingen: Verlag für Psychologie.
- Birkelbach, Klaus, 1998a: Berufserfolg und Familiengründung. Lebensläufe zwischen institutionellen Bedingungen und individueller Konstruktion. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Birkelbach, Klaus, 1998b: Befragungsthema und Panelmortalität: Ausfälle in einer Lebensläuferhebung. ZA-Informationen 42: 128-147.
- Birkelbach, Klaus / Hellwig, Jörg O./Hemsing, Werner / Meulemann, Heiner, 1998: Lebenserfolg und Erfolgsdeutung im frühen Erwachsenenalter. Eine Wiederbefragung ehemaliger Gymnasiasten im 43. Lebensjahr. Köln: Projektbericht an die DFG.
- Bürklin, Wilhelm / Klein, Markus / Ruß, Achim, 1994: Dimensionen des Wertewandels. Eine empirische Längsschnittanalyse zur Dimensionalität und der Wandlungsdynamik gesellschaftlicher Wertorientierungen, in: Politische Vierteljahresschrift 37: 579-606.
- De Graaf, Nan Dirk / Hageaars, Jacques / Luijckx, Ruud, 1989: Intergenerational stability of postmaterialism in Germany, the Netherlands and the United States. European Sociological Review 5: 183-197.
- Finkel, Steven E. 1995: Causal Analysis with Panel Data. Thousand Oaks u.a.: Sage.
- Gabriel, Oscar W., 1986: Politische Kultur, Postmaterialismus und Materialismus in der Bundesrepublik Deutschland. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Hargens, Lowell L., 1988: Estimating Multiequation Models with Correlated Disturbances. in: J.Scott Long (Hrsg.), Common Problems / Proper Solutions. Avoiding Error in Quantitative Research. Newbury Park u.a.: Sage, 65-84.
- Inglehart, Ronald, 1977: The Silent Revolution: Changing Values and Political Styles among Western Publics. Princeton: Princeton University Press.
- Inglehart, Ronald, 1989: Political Value Orientation. in: M. Kent Jennings / Jan W. van Deth et als.. Continuities in Political Action. Berlin - New York: de Gruyter, 67-102.
- Inglehart, Ronald, 1997: Modernization and Postmodernization. Cultural, Economic and Political Change in 43 Societies. Princeton: Princeton University Press.
- Inglehart, Ronald / Klingemann, Hans-Dieter, 1996: Dimensionen des Wertewandels. Theoretische und methodische Reflexionen, in: Politische Vierteljahresschrift 37: 319-340.

- Jagodzinski, Wolfgang 1996: The Metamorphosis of Life Cycle Change in Longitudinal Studies on Postmaterialism. in: Chikio Hyasis / Erwin K. Scheuch (Hrsg.) Quantitative Social Research in Germany and Japan. Opladen: Leske & Budrich, 25-52.
- Jennings, M. Kent / Niemi, Richard G., 1981: Generations and Politics. A Panel Study of Young Adults and Their Parents. Princeton: Princeton University Press.
- Long, J.Scott, 1988: Common Problems / Proper Solutions. Avoiding Error in Quantitative Research. Newbury Park u.a.: Sage.
- Markus, Gregory B., 1979: Analyzing Panel Data. Beverly Hills: Sage
- Meulemann, Heiner: 1988. Von der Erhebung des Lebenslaufs zur Bildung von Variablen. Eichstätt: Manuskript.
- Meulemann, Heiner, 1990: Wertansprüche und Sachzwänge. Die Wertedimension im politischen Konflikt, einmal nicht als Postmaterialismus gesehen. in:Karl Schmitt, (Hrsg.). Wahlen, Parteien, politische Einstellungen. Frankfurt: Lang, 99-134.
- Meulemann, Heiner, 1996: Die Geschichte einer Jugend. Lebenserfolg und Erfolgsdeutung ehemaliger Gymnasiasten zwischen dem 15. und 30. Lebensjahr. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Reinhardt, Sibylle, 1989. Unterricht, Didaktik und Lehrerausbildung in Politik und Sozialwissenschaften in Nordrhein-Westfalen. In: Klaus Rothe (Hrsg.), Unterricht und Didaktik der politischen Bildung in der Bundesrepublik. Aktueller Stand und Perspektiven. Opladen: Leske + Budrich, 199-231.
- Schiebel, Bernd, 1988. Veränderungen von Werthaltungen und konservativen Einstellungen, in: Hans-Dieter Mummendey (Hrsg.), Verhalten und Einstellung. Berlin: Springer, 99-123.
- Treiman, Donald J., 1977: Occupational Prestige in Comparative Perspective. New York: Academic Press.
- Wegener, Bernd, 1988: Kritik des Prestiges. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Wheaton, Blair, 1988: Assessment of Fit in Over-Identified Models with Latent Variables. in: J.Scott Long (Hrsg.), Common Problems / Proper Solutions. Avoiding Error in Quantitative Research. Newbury Park u.a.: Sage, 193-225.

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1	Materialistische und postmaterialistische Wertprioritäten in der Gymnasiastenstudie und im westdeutschen Bevölkerungsquerschnitt 1984 und 1997	6
Tabelle 2	Politische Wertansprüche und die Anerkennung von politischen Sachzwängen im Alter von 30 Jahren (1984) und 43 Jahren (1997): Mittelwerte	8
Tabelle 3	Postmaterialismus mit 30 und mit 43 Jahren: Kreuztabellierung (Spaltenprozente)	10
Tabelle 4	Stabilität und Wandel der Höhe politischer Wertansprüche und der Anerkennung politischer Sachzwänge zwischen dem 30. und dem 43. Lebensjahr	11
Tabelle 5	Zusammenhänge zwischen dem Postmaterialismus-Index (PM), politischen Wertansprüchen (WA) und der Anerkennung politischer Sachzwänge (SZ) zwischen dem 30. (1984) und dem 43. Lebensjahr (1997): Korrelationskoeffizienten	12
Abbildung 6	Sozialisations- und Entwicklungshypothese: Entwicklungsmuster von Wertstrukturen	16
Tabelle 7	Bildungserfolg mit 30 und mit 43 Jahren	17
Abbildung 8	Postmaterialismus, politische Wertansprüche und Anerkennung politischer Sachzwänge im 30. und 43. Lebensjahr (Mittelwerte, geschichtet nach dem höchsten Bildungserfolg im Alter von 30 Jahren)	19
Abbildung 9	Grobklassifikation der Studiengänge	21
Abb. 10a	Postmaterialistische Wertprioritäten im 30. und 43. Lebensjahre in Studiengängen (Mittelwerte)	23
Abb. 10b	Wertansprüche an die Politik (WA) im 30. und 43. Lebensjahre in Studiengängen (Mittelwerte)	24
Abb. 10c	Anerkennung politischer Sachzwänge (SZ) im 30. und 43. Lebensjahre in Studiengängen (Mittelwerte)	25
Tabelle 11	Ausmaß der Prägung politischer Werte durch Bildungsniveau und Fachkultur in einer bildungsprivilegierten Stichprobe (Anteil erklärter Varianz) ¹	26
Abbildung 12	Bildungsaufstieg nach dem 30. Lebensjahr und Postmaterialismus, politische Wertansprüche, Anerkennung politischer Sachzwänge (Mittelwerte)	28
Abbildung 13	Erwerbsbeteiligung nach dem 30. Lebensjahr und Postmaterialismus, politische Wertansprüche, Anerkennung politischer Sachzwänge (Mittelwerte)	29
Abbildung 14	Berufliche Auf- und Abstiege nach dem 30. Lebensjahr und Postmaterialismus, politische Wertansprüche, Anerkennung politischer Sachzwänge (Mittelwerte)	32
Abbildung 15	Der Wechsel zwischen Berufskulturen nach dem 30. Lebensjahr und Postmaterialismus, politische Wertansprüche, Anerkennung politischer Sachzwänge (Mittelwerte)	34
Abbildung 16	Ehedauer und Postmaterialismus, politische Wertansprüche, Anerkennung politischer Sachzwänge (Mittelwerte)	36
Abbildung 17	Zusammenhänge zwischen politischen Werten und der Einstellung zur Ehe (Korrelationen)	37

1 WANDEL UND STABILITÄT ZWISCHEN DEM 30. UND 43. LEBENSJAHR	1
1.1 Postmaterialismus, Wertansprüche und die Anerkennung von Sachzwängen: Begründung der Auswahl der Zielvariablen	1
1.1 Stabilität und Wandel im Aggregat	6
1.1.1 Postmaterialismus	6
1.1.2 Politische Wertansprüche und die Anerkennung von Sachzwängen	7
1.2 Stabilität und Wandel auf Individualebene	9
1.3 Zusammenfassung	13
2 URSACHEN POSTMATERIALISTISCHE WERTEPRIORITÄTEN, POLITISCHE WERTANSPRÜCHE UND DER ANERKENNUNG VON POLITISCHEN SACHZWÄNGEN	15
2.1 Sozialisations- und Entwicklungshypothese	15
2.2 Bildung	16
2.2.1 Spezifikation der Sozialisations- und Erfahrungshypothese im Hinblick auf das formale Bildungsniveau	16
2.2.2 Ergebnisse: Bildungsniveau	18
2.2.3 Studiengänge	20
2.3 Der Einfluß beruflicher und privater Erfahrungen zwischen dem 30. und 43. Lebensjahr	27
2.3.1 Bildungsaufstieg nach dem 30. Lebensjahr	27
2.3.2 Erfahrungen im Erwerbsleben zwischen dem 30. und 43. Lebensjahr	28
2.3.3 Karriereverlauf	31
2.3.4 Wechsel zwischen Berufskulturen	32
2.3.5 Ehedauer zwischen dem 30. und 43. Lebensjahr	35
2.4 Resümee	38
LITERATUR	40
ABBILDUNGSVERZEICHNIS	42